

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

14 (7.4.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 4 / Nr. 14

Mannheim, 7. April 1949

Preis 15 Pfg.

Bonner Kapitulation - keine des deutschen Volkes

Die westdeutschen Separatstaat-Politiker verspielen die letzte Chance, ihre Selbstachtung zu retten — Das deutsche Volk besteht auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Frieden!

Der Bonner Parlamentarische Rat steht vor der Entscheidung. Noch haben die Hauptakteure auf dieser jämmerlichsten Bühne, die der schwächliche deutsche Parlamentarismus hervorgebracht hat, eine Chance, wenigstens ihre Selbstachtung zu retten. Es deutet jedoch alles darauf hin, daß die Adenauer und Carlo Schmid auch diese letzte Chance in den Wind schlagen werden. Die Führer der CDU und SPD scheinen entschlossen, den Kelch bis zur Neige zu leeren und jenes am Aschermitwoch überreichte demütigende Memorandum der Militärgouverneure anzunehmen. Ihre Bereitschaft, die Politik des dehnbaren Gewissens und des gekrümmten Rückens fortzusetzen, kennt keine Grenzen.

Die Adenauer's wollen auf den Knien leben
Wesentlich ist nicht, daß die Adenauer und Schmid nun plötzlich entdecken, die von den Militärgouverneuren in ihrem Bonner Entwurf beanstandeten Artikel über die Vorrangsetzung und die Finanzhoheit, seien ohnehin nicht allzu bedeutsam. Was das betrifft, so ist das ganze Grundgesetz von gleicher Bedeutungslosigkeit und die Antwort der Herren wäre dieselbe gewesen, hätten die Militärgouverneure jeden einzelnen Paragraphen des Bonner Grundgesetzes verworfen. Es ist der Geist ihrer Entscheidung, der zählt und ihre Handlungsweise so verächtlich macht. Sie wollen auf den Knien leben, und sie wollen, daß das deutsche Volk ihnen auf diesem Wege folgt.

Adenauer hat die „goldenen Lügen“ perat, die dem deutschen Volke den Weg in die Knechtschaft schmuckhaft machen sollen. Dieser schlaue Routinier und prinzipienlose Opportunist hofft, das deutsche Volk und die Geschichte mit Spitzfindigkeiten zu übertrüpfeln. Er schrieb am Donnerstag einen Aufsatz in „Die Welt“, worin er die CDU- und SPD-Führer zur bedingungslosen Kapitulation vor den Forderungen der Militärgouverneure auffordert, und wo er diesen Aufruf zur Unterwerfung damit begründet, es müsse so schnell wie möglich eine Bundesregierung geschaffen werden, damit Westdeutschland als „gleichberechtigtes Mitglied“ in die europäische Union und in den Atlantikpakt aufgenommen werden könne.

Adenauer scheut sich nicht — es liegt Folgerichtigkeit in diesem Verhalten — seine Partei- und Koalitionsschergen daran zu erinnern, daß sie mit der Übernahme der Aufgabe des Parlamentarischen Rates auch die von den Gouverneuren gestellte Bedingung angenommen haben, daß das Grundgesetz der Genehmigung durch die Militärgouverneure bedürfe. „Sie haben vergessen, daß Sie „A“ gesagt haben“, ruft Adenauer seinen Freunden zu, „und daß Sie nun auch „B“ sagen müssen. Seien Sie konsequent, sagen Sie „B“ — im Interesse des höheren Zweckes!“

Jeder Zoll ein Knecht

Adenauer bleibt sich selbst bis zuletzt treu — jeder Zoll ein Knecht. „Im Interesse des höheren Zweckes“ — des Westblockes gegen die Sowjetunion und des Atlantikpaktes — soll das deutsche Volk sein Recht auf den Frieden und auf Selbstbestimmung aufgeben und auf seine Einheit und Unabhängigkeit verzichten.

„Sobald wir eine Bundesregierung haben“, schreibt Adenauer, „wird diese, wenn Deutschland in die Europa-Union und in den Atlantikpakt aufgenommen ist, auf maßgebenden Gebieten gleichberechtigt neben alle anderen Staaten treten. Die Rückwirkungen dieser Position auf alle

mit Besatzung zusammenhängenden Fragen, werden unausbleiblich sein.“

Adenauer hofft, die Geschichte zu überlisten. „Folgt mir freiwillig in das Joch des Besatzungsstatuts, in die Auflösung Deutschlands — und es winkt euch die Gleichberechtigung des Atlantikpaktes.“ will er uns sagen. Welche Gleichberechtigung gibt es für ein Volk, das unter der Besatzung leben muß? Welche Gleichberechtigung gibt es unter dem Besatzungsstatut? Welche Gleichberechtigung gibt es für ein Volk, das sich nicht selbst regieren kann, und dem man das Recht auf seine nationale Einheit und Unabhängigkeit vorenthält?

Nur „Kleinigkeiten“, die wir vergessen sollen!

Die Voraussetzung jeder Gleichberechtigung ist die Selbstbestimmung. Nur ein

„Empfehlung“ an Bonn:

„Der Wille der Militärgouverneure ist zu beachten“

Intervention der drei westlichen Außenminister in Bonn — Max Reimanns Feststellung

Die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs haben aus Washington an die Militärgouverneure in Frankfurt ein Telegramm zur Uebermittlung an den Parlamentarischen Rat in Bonn geschickt. In diesem Telegramm wird, ungeachtet der Form, verlangt, daß der Parlamentarische Rat an die Londoner Empfehlungen und Weisungen der Militärgouverneure gebunden ist. Der Standpunkt der drei Gouverneure sei die Auffassung der drei Regierungen der Westmächte. Die drei Außenminister rechneten damit, daß in den

geintes, unabhängiges Deutschland, nur ein Deutschland, mit dem ein Frieden abgeschlossen ist und aus dem die Besatzungstruppen abgezogen sind, wird gleichberechtigt sein. Herr Dr. Adenauer will, daß wir diese Kleinigkeiten vergessen. Er will uns vergessen machen, daß sein und seiner Freunde „Ja“ die Preisgabe aller Güter bedeutet, die das deutsche Volk tatsächlich auf den Weg der Gleichberechtigung führen können.

Er will uns die Kleinigkeit vergessen machen, daß nicht das deutsche Volk in den Marshallplan, Europa-Union und Atlantikpakt eingetreten ist, sondern daß die drei Westzonen Deutschlands durch die Unterschriften alliierter Generale und Staatsmänner zu unbefragten Zwangsmitgliedern

dieser Unternehmen gemacht wurden. Dr. Adenauer meint die „Gleichberechtigung“ der Kolonie, er meint die „Gleichberechtigung“ des Söldners und des Landsknechts, der sich für fremde Interessen schlägt.

Niemals Verzicht auf unsere Rechte!

Adenauer und seine Freunde sprechen von „Gleichberechtigung“ in dem Augenblick, in dem sie auf die unabdingbare Voraussetzung aller Gleichberechtigung, auf die Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit verzichten. Sie werden kapitulieren. Aber die Kapitulation von Bonn wird nicht die Kapitulation des deutschen Volkes sein. Niemals wird das deutsche Volk auf die ihm in Potsdam vor der ganzen Welt zugesicherten Rechten auf Frieden, auf Einheit und auf Selbstbestimmung verzichten. J. Sch.

Der Angriffs-Charakter des Atlantik-Paktes

Torpedierung der UNO — Sowjetregierung erhebt Einspruch gegen den Pakt

In dem von der Sowjetregierung an die Teilnehmerstaaten des Atlantik-Paktes überreichten Memorandum wird festgestellt, daß der Atlantik-Pakt in keinem Zusammenhang mit Selbstverteidigungszielen der an dem Pakt beteiligten Staaten stehe, da sie von niemandem bedroht seien. Dieser Pakt habe im Gegenteil einen offensichtlichen Angriffscharakter und richte sich gegen die Sowjetunion. Diese Tatsache würde nicht einmal von offiziellen Vertretern der an dem Pakt beteiligten Staaten in ihren öffentlichen Verlautbarungen verhehlt.

Ausgedehnte militärische Maßnahmen
Die Teilnehmerstaaten am Atlantik-Pakt trafen ausgedehnte militärische Maßnahmen. Zu diesen Maßnahmen gehörten — so erklärt das sowjetische Memorandum — die Verstärkung aller Arten der bewaffneten Streitkräfte, die Ausarbeitung eines Planes für die Verwendung der Atomwaffe, die Schaffung eines Vorrats von Atombomben, bei denen es sich um reine Offensivwaffen

handele und die Errichtung eines Netzes von Luft- und Flottenstützpunkten. „Alle diese Maßnahmen tragen in keiner Weise einen Verteidigungscharakter.“ Daß der während des zweiten Weltkrieges organisierte gemeinsame britisch-amerikanische Militärstab immer noch bestehe, daß kürzlich in Frankreich ein Militärstab der sogenannten „Westeuropa-Union“ geschaffen wurde, sowie die beabsichtigte sofortige Bildung eines Verteidigungsausschusses, von dem im Atlantik-Pakt die Rede ist, deuteten in keiner Weise auf friedliche oder nur Verteidigungsabsichten hin. Mit zahlreichen anderen militärischen Vorbereitungen seien ein Beitrag zur Verstärkung der Angst und Beunruhigung, zur Entfesselung einer Kriegshysterie, an der die Kriegstreiber aller Kategorien stark interessiert seien.

Gegen die UNO gerichtet

In dem Memorandum heißt es u. a., daß der Atlantik-Pakt nicht der Festigung der

UNO diene, sondern im Gegenteil dazu führe, daß die Grundlagen dieser internationalen Organisation unterhöhlt würden.

Bruch der internationalen Abkommen
Zum Abschluß stellt das Memorandum der sowjetischen Regierung fest: „Auf Grund der angeführten Feststellung gelangt die sowjetische Regierung zu nachstehenden Schlussfolgerungen: Der Pakt steht im Widerspruch zu dem Abkommen zwischen der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die von Vertretern dieser Mächte auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam wie auf anderen Konferenzen abgeschlossen wurden, welche während und nach dem zweiten Weltkrieg stattfanden. In diesen Verträgen übernahmen die Vereinigten Staaten und Großbritannien ebenso wie die Sowjetunion die Verpflichtung, bei der Festigung des allgemeinen Friedens und der internationalen Sicherheit zusammen zu arbeiten und zur Festigung der UNO beizutragen.“

„Nur im Frieden kann unser Volk leben“

„Nur im Frieden kann unser Volk leben“ Parteivorstand der KPD zum Weltfriedenskongreß in Paris

Frankfurt. Zu dem am 20. April in Paris stattfindenden Weltfriedenskongreß weist der Parteivorstand der KPD darauf hin, daß bereits viele Geistesgeschaffende und andere im öffentlichen Leben wirkende Persönlichkeiten in den Westzonen ihre Unterstützung für diesen Kongreß und die Weltfriedensbewegung zugesagt haben. Die KPD fordert die gesamte Bevölkerung der Westzonen zur Unterstützung der Weltfriedensbewegung auf.

In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß angesichts der Katastrophe, in die der

Hitlersche Raubkrieg unser Volk geführt hat, kein kostbarer Gut gibt, für das es sich zu kämpfen lohnt, als den Frieden. Die westlichen Besatzungsmächte hätten unter Mißachtung aller Grundsätze des Völkerrechts und ohne das deutsche Volk befragt zu haben, die Westzonen in den Atlantikpakt einbezogen. Wieder sollten unsere Industrien für Kriegszwecke, für die Rüstungen westeuropäischer Länder eingesetzt werden.

Ein dritter Weltkrieg würde auf deutschem Boden ausgetragen

und unser Volk für immer vernichtet. Daher sei der Kampf für den Frieden ein Kampf um das Leben eines jeden Deutschen. Ueber alle Unterschiede der Konfessionen und der Weltanschauungen hinweg gelte es, eine mächtige Bewegung des gesamten Volkes zur Erhaltung des Friedens zu schaffen. „Nur im Frieden kann unser Volk leben und sich eine menschenwürdige Zukunft bauen.“

Die Pläne der Kriegstreiber sollen zerschellen

Der Parteivorstand der KPD richtet an alle, die den Frieden lieben, den eindringlichen Appell, überall, an jedem Arbeitsplatz, in den Gewerkschaften, an den Universitäten und Schulen, in allen Städten und Gemeinden, unter den Frauen und unter der Jugend, die Bewegung für den Weltfrieden mit allen Kräften zu unterstützen. Er schlägt vor, in Versammlungen und Beratungen zum Weltfriedenskongreß Stellung zu nehmen, Delegierte nach Paris zu wählen und zu entsenden und Begrüßungsadressen an ihn zu richten.

Zynismus

Professor Erhards Verhöhnung der Erwerbslosen

Die Erwerbslosigkeit klettert stetig in die Höhe. Fast kann man von einer Sprunghaftigkeit reden, wenn man ihre Zunahme in den letzten Wochen verfolgt. Ein ernstes Zeichen der Lage in unserer Wirtschaft und noch ein ernstes in sozialem Sinne. Hinter diesem einen Symptom steht viel. Das ganze Unglück einer separaten Weststaatbildung offenbart sich darin. Die Behandlung als Kolonie von Seiten der Westmächte, voran der USA, wird sichtbar. Die Exportdrosselung, der Flaschenhals des Außenhandels durch die JEIA findet seine lebendige Illustration.

Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der Bizone, Prof. Erhard ist bei allem sehr „beruhigt“. Er sieht keine Gefahr, wie er vor der Industrie- und Handelskammer in Offenbach dieser Tage ausführte. Er sieht sogar in diesen gefährlichen Erscheinungen etwas „Gutes“. Er redete von der Registrierung von rund 800 000 ehemaligen Schwarzhändlern als Arbeitslose und — wenn es wirklich so sein sollte, wer wollte es ihm bestreiten — daß darin ein „Positivum“ liege?

Hat er recht? Professor Erhard hat schon öfters doppelt gespielt. Warenhortung stand vor der Währungsreform unter Strafe. Nach den Tagen der Währungsreform hat er sie als Voraussetzung des Gelingens des „Währungswunders“ gefeiert. Die Währungsreform war ein Diktat. Im Grunde feierte Professor Erhard, daß den Schiebern und Wucherern ihr Verdienst erhalten blieb und das Hochschnellen der Preise, Lohnbewegungen vermeinte er und verströmete auf den berühmten, nicht ausbleiben sollenden Pendelschlag. Wenn der Wasserstand an einer Stelle des Rheines normalerweise zwei Meter beträgt, dann ist das Sinken des Hochwasserstandes von sechs Meter auf 5,90 Meter wahrhaftig kein Trost. Aber das Fallen um die erbärmlichen 10 Zentimeter, die den Hochwasserstand der Preise nicht aufheben, ist bekannterweise für Professor Erhard und seine Gefolgsleute der Vorwand, geschäftstüchtig wie der „wahre Jakob“ die Reklametrömmel zu führen und Lohnerhöhungen zu verneinen. Dr. Pünder, der Oberdirektor der Bizone, gehört auch zu diesen Trommelschlägern.

Daß aber die Erwerbslosen, die in ihrer Zahl um die 1,2 Millionen liegen, durch die Registrierung der Schwarzhändler, die geradezu im System Professor Erhards und der Bizone eine „Lebenswichtige Funktion“ ausüben, die Ursache der Erwerbslosigkeit sein sollten, ist diesmal nicht nur eine Irreführung, sondern glattweg ein beispielloser Zynismus gegenüber all denen, die unter die Mühlsteine einer Wirtschaftspolitik geraten sind, deren Kennzeichen die deutsche Selbstauflösung und Abhängigkeit von ausländischem Profitinteresse ist. Zur Not der 1,2 Millionen und der einer drei- bis vierfachen Zahl von Familienangehörigen die Verhöhnung, das blieb dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt, Professor Erhard, vorbehalten. -ym-

Kampf um die nationale Unabhängigkeit

Von Walter Fisch

Die ganze Situation unseres Volkes ist in allen entscheidenden Fragen gekennzeichnet durch die Herrschaft des Kolonialregimes, das vorläufig seinen Ausdruck findet im Ruhr- und Besatzungsstatut. Somit wird auch die Politik unserer Partei diesem entscheidenden Tatbestand Rechnung tragen müssen. Das ist es, was die Solinger Konferenz in den Mittelpunkt der gesamten Tätigkeit unserer Partei zu stellen beabsichtigte: Der Kampf um die Interessen unseres Volkes ist der Kampf um die Unabhängigkeit und die nationale Einheit Deutschlands. Solange wir unter einem Kolonialregime leben, gibt es keine den Bedürfnissen unseres Volkes entsprechende Lösung auf irgend einem Gebiet seines wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens.

Das Kolonialregime ist in der Tat der entscheidende Tatbestand, dem alle Bedingungen unserer nationalen Existenz und die Perspektive für die Entwicklung unseres Volkes in nächster Zeit unterstellt sind. Wem es darum Ernst ist, um die Schaffung einer demokratischen Ordnung, um das Glück und den Wohlstand unseres Volkes und dem Frieden, der muß alle seine Kräfte konzentrieren auf die Gewinnung der Unabhängigkeit und nationalen Selbstbestimmung unseres Volkes, und damit auf die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen. Das ist die entscheidende Feststellung, die die Konferenz von Solingen getroffen hat. Und damit ist auch die Aufgabenstellung für unsere Partei klar umrissen.

Alles, was die Partei unternehmen wird und unternehmen muß, um die Rechte und Freiheiten unseres Volkes zu verteidigen, alles, was sie unternimmt, um für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller werktätigen Schichten einzutreten, mündet letzten Endes ein in den Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Einheit Deutschlands. Die Partei darf sich allerdings nicht beschränken auf leere Deklamationen, auf agitatorische Verkündung des großen strategischen Zieles, sie muß in den ersten Reihen aller Bewegungen in unserem Volke stehen, die um die Verbesserung der sozialen Existenz der einzelnen Volksschichten und damit eben um die Unabhängigkeit, um die Wiedergewinnung der vollen Souveränität des deutschen Volkes kämpfen. Dabei vergißt die Partei keinen Augenblick, daß die Führung in diesem nationalen Kampf in den Händen der Arbeiterklasse liegen muß, ja daß es keinen Sieg in der nationalen Lebensfrage unseres Volkes geben kann, wenn die Arbeiterklasse sich in ihm nicht die Führung sichert. Das Bürgertum hat bewiesen, daß es wohl fähig ist zur Organisation nationaler Exzesse, aber niemals fähig war und fähig sein wird zur Wahrung der echten nationalen Interessen des Volkes.

Die Partei muß sich ihrer Rolle als Vorhut der Arbeiterklasse bewußt sein. Das be-

Im Streiflicht gesehen

Sorgen der USA

Die USA-Regierung war auffällig besorgt, daß die ausländischen Delegierten zur New Yorker Friedenskonferenz der Geistesgeschaffenden möglichst schnell die USA wieder verlassen. Sie scheute sich nicht, eine entsprechende Aufforderung an die ausländischen Delegierten zu richten. Offenbar, nachdem es, wie in Boston, zum Verbot des Auftretens ausländischer Künstler und Geistesgeschaffender gekommen ist, hat es die USA-Regierung für klüger gehalten, sie schneller außer Landes zu sehen, um nicht durch massenweise Verbote ihres Auftretens eine allzu sichtbare Illustration „demokratischer Gebräuche“ zu liefern.

Bevin mit faulen Eiern empfangen

Der britische Außenminister Bevin, der zur Unterzeichnung des Atlantikpaktes nach den USA reiste, wurde im New Yorker Hafen von einem dichten Spalier britischer Demonstranten empfangen. Auf dem Weg zum Bahnhof war sein Wagen das Ziel zahlloser fauler Eier und Tomaten. Das es Bevin, dem Labour-Politiker, nicht besser ergangen ist als dem stockreaktionären Churchill, das mag zu denken geben.

Zusammengebrochene Anklage

Das australische Bundesgericht mußte die wegen Veröffentlichung „aufwiegelnder Aeußerungen“ gegen den Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Sharkey, erhobene Anklage fallen lassen. Gegen Sharkey ist erneut Anklage erhoben worden wegen seiner Aeußerung, daß sich die australische Arbeiterschaft an einem Angriffskrieg gegen die Sowjetunion nicht beteiligen werde.

Rüstung kann Krise nicht verhindern

Ein wahres Wort lesen wir in einer Meldung von „Associated Press“ aus New York. In ihr heißt es: Rüstungsprogramme führen auf lange Sicht eher zu einer Senkung als zu einer Hebung des Lebensstandards. Die Aeußerung wurde gemacht im Hinblick darauf, daß die USA mit dem Atlantikpakt ein 2-Milliarden-Wiederaufrüstungsprogramm in Europa übernehmen wollen. Es heißt auch ganz richtig, daß die Arbeitskraft bei der Steigerung der Rüstungsindustrie für etwas aufgewendet wird, was dem Verbrauch nicht zugeht.

De Gaulles Eingeständnis

Zum Ergebnis der Kantonalwahlen in Frankreich stellte de Gaulle auf einer Pressekonferenz fest, daß die Kommunisten bei den Wahlen ihre Stärke gehalten hätten, und dies eine Tatsache sei, die sehr ernst zu beurteilen wäre. In unserer Lizenzpresse wurde ein „Sieg“ über die Kommunisten Frankreichs gefeiert, weil es gelungen war, sie um die ihrer Stärke entsprechenden Mandate zu betrügen.

Rücktritt einer korrupten Regierung gefordert

Den Rücktritt der gegenwärtigen hessischen Regierung und eine neue, politisch und moralisch unbelastete Regierung fordert die hessische KPD in einer Stellungnahme zu dem Korruptionsskandal Dietz.

300 000 Angestellte erwerbslos

Die Zahl der erwerbslosen Angestellten hat sich von Ende Januar bis Ende März 1949 in der Doppelzone von 235 000 auf rund 300 000 erhöht.

Angriff auf den Mindesturlaub abgewehrt

Der kommunistische Initiativgesetzentwurf zum Urlaubsgesetz angenommen

deutet, daß die Partei überall dort, wo die Arbeiterschaft um die Erhöhung ihrer Löhne, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um ihren Arbeitsplatz und um ihre Sicherung im Alter, bei Invalidität und Krankheit kämpft, sich in den ersten Reihen der Kämpfenden befindet und dabei alles unternimmt, um im Verlauf dieser Kämpfe das Klassenbewußtsein und das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse zu stärken. Die Partei muß erkennen, daß es keine andere Rettung vor dem Absinken in die Katastrophe der Verelendung geben kann, als die Schaffung einer solchen Führung der Arbeiterklasse, die fähig ist, an tausenden Orten, in tausenden von Betrieben den Kampf gegen die Auswirkungen einer doppelten Ausbeutung zu organisieren und seinen Erfolg zu sichern.

Die Partei muß aber auch erkennen, daß sie, die Avantgarde der Arbeiterklasse, allein den Sieg im Kampf um die nationale Unabhängigkeit nicht erringen kann. Sie muß erkennen, daß der Erfolg der fortschrittlichen Kräfte auch davon abhängig ist, ob es gelingt, ein enges Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und allen anderen Schichten unseres Volkes, die das Kolonialregime in die Verelendung gestoßen hat, herzustellen. Wenn es wahr ist, daß mit Ausnahme der kleinen Schicht von nationalen Verrätern, die schon immer ihre Profitinteressen über die Interessen der Nation gestellt haben und die sich heute zur Rolle einer Agentur des ausländischen Imperialismus hergeben, in der Hoffnung, letzten Endes wieder zur einer selbständigen imperialistischen Politik gelangen zu können, wenn es wahr ist, daß mit Ausnahme dieser kleinen Gruppe von Leuten, die unter dem Kolonialregime die Interessen unseres Volkes an die ausländischen Kapitalherren verkaufen, alle Schichten unseres Volkes an der Wiedergewinnung unserer nationalen Unabhängigkeit interessiert sind, dann steht die Partei vor der großen Aufgabe, aus allen diesen Gruppen unseres Volkes unter Führung der Arbeiterklasse eine mächtige nationale Einheitsfront zustande zu bringen. Das heißt also: die Partei stellt sich zur Aufgabe, die Lebensinteressen der gesamten Bauernschaft, des Mittelstandes, ja auch der kleinen Industrie, die von den rücksichtslosen Maßnahmen der großen Monopole an die Wand gedrückt wird, die Interessen der Intelligenz, für deren Entfaltung und Betätigung die Kolonialherren keinen Platz lassen, die Interessen der jungen Generation, die das Kolonialsystem zur Beruflosigkeit und zur Hoffnungslosigkeit verurteilt, die Interessen der Arbeiter und Siedler, die Millionen von Flüchtlingen, denen das System den Eintritt in ein geordnetes normales Leben verweigert, die Interessen aller dieser Schichten, mit ihrer ganzen Kraft zu vertreten.

Dies wird der Partei nur dann gelingen, wenn sie nicht bei einer allgemeinen Agitation gegen den Marshallplan, gegen Ruhr- und Besatzungsstatut usw. stehen bleibt. Es wird ihr nur dann gelingen, wenn sie die wirklichen Ursachen und Hintergründe der wachsenden Verelendung der Massen der Bevölkerung anhand der Lage in jedem einzelnen Land, in jedem Kreis, in jeder Gemeinde, in jeder einzelnen Berufsschicht klar aufzeigt, es wird ihr nur dann gelingen, wenn sie sich bemüht, täglich und stündlich und überall zu beweisen, daß und warum das herrschende Kolonialregime die Ursachen für den Notstand unseres Volkes darstellt. Und es wird der Partei nur dann gelingen, wenn sie inmitten all dieser Schichten fest verankert und somit in der Lage ist, die bloße Unzufriedenheit umzuwandeln in den Willen und die Fähigkeit, im Interesse des Volkes zu handeln.

10 Milliarden Dollar jährlich

Der Vorsitzende des Wehrausschusses des amerikanischen Senats hat in Baltimore erklärt, der „Kalte Krieg“ koste die Vereinigten Staaten jährlich 10 Milliarden Dollar. Diese Zahl schließt aber nicht die Kosten für den Militärhaushalt der USA und für den Marshallplan ein.

Ein teurer Gruß

Der Haushaltsplan 1949 der Bizone schließt mit 951 624 350 DM auszugehen ab. Davon gehen 480 Millionen DM als Notopfer der Doppelzone an Berlin. „Die Westberliner Bevölkerung möge diese Zahl als Gruß der Bizone entgegennehmen“, sagte Dr. Pünder vor dem Wirtschaftsrat.

Fehl am Platz?

Der Hauptausschuß des Westberliner Magistrats wies einen Vorschlag des Wirtschaftsrates, einen Sparkommissar nach Berlin zu schicken, zurück. Der Berliner „Sozialdemokrat“ schreibt: „Sparkommissar fehl am Platz“.

Stuttgart, (Vst.) Der von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Initiativgesetzentwurf zum Urlaubsgesetz, die Wiederherstellung der ursprünglichen Regelungsvorlage wurde in der heutigen Landtagsitzung angenommen. Der Versuch des CDU-Abg. Möhrlin und DVP-Abg. Schloß, den gesetzlichen Mindesturlaub von zwölf Tagen zu verschlechtern, fand nur die Unterstützung von 14 DVP- und CDU-Abgeordneten.

Die beiden Abgeordneten hatten einen Antrag eingebracht, wonach das Gesetz, das den Mindesturlaub auf zwölf Tage festlegt, keine Anwendung auf die Berufszweige finden soll, in denen eine tarifrechtliche Regelung des Urlaubs besteht oder zustande kommt, sofern diese Regelung des Urlaubs bis zu mindestens 16 Arbeitstagen vorsieht. In der Begründung brachte Abg. Möhrlin fast wörtlich die gleichen Argumente vor, wie sie in der Denkschrift des Unternehmerverbandes der Metallindustrie niedergelegt sind.

Abg. Ruess (KPD) antwortet den Urlaubsverschlechtern

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses und unter zustimmendem Beifall von den Bänken der Linken antwortete der kommunistische Abg. Hans Ruess: „Abg. Möhrlin hat die Katze aus dem Sack gelassen, er sagt genau dasselbe, was die Metallindustriellen sagen. Die tarifvertragliche Regelung aber beginnt mit dem Mindesturlaub. Das Ziel, das sie mit ihrem Antrag erreichen wollen, ist ein allgemeiner Urlaubsabbau. Die württembergische Verfassung, an welche wir uns zu halten haben, garantiert das Recht auf Freizeit, das kann nur auf dem Wege eines Gesetzes erreicht werden.“ Wenn der Abg. Bernhard (DVP) im sozialpolitischen Ausschuß die Frage gestellt hat: Warum denn nicht auch Mindestlohn? so ist dieser Gedanke gar nicht so abwegig. In den USA, die doch sonst von Ihrer Seite immer als das Musterland hingestellt wird, gibt es ein solches Gesetz.“ Ruess nannte ein Beispiel aus einem Textilbetrieb mit weiblichen Arbeitskräften, wo heute die Arbeitskraft mit Rationalisierungsmethoden unerhört ausgebeutet wird. Noch nie habe man so viel verlangt, wie heute in bezug auf Akkordarbeit. Keine einzige Arbeiterin könne die Akkordbasis erreichen. Und da spreche man davon, daß die Schaffenden heute für

ihre Arbeitskraft keinen längeren Urlaub mehr benötigen.

Auch die Arbeitszeit sei ja eine gesetzliche Regelung, und genau so notwendig sei das Gesetz über den Mindesturlaub.

Abg. Möhrlin habe einen Ausspruch aus dem sozialpolitischen Ausschuß erwähnt, wonach die Unternehmer noch einmal in den sauren Apfel beißen sollten. „Nun, am 20. Juni bei der Währungsreform haben die Arbeiter auch in einen sauren Apfel beißen müssen. Dieser Apfel ist allerdings für die Unternehmer nicht so sauer gewesen, denn sie hatten ihre Sachwerte, die nachträglich ein Mehrfaches wert waren.“ Abg. Ruess schloß, man solle sich nicht täuschen, eine Ablehnung der Verlängerung des Urlaubs um ein Jahr würde, das zeigte die vorliegenden Entschlüsse und Eingaben der Betriebe, eine Verschärfung der sozialen Spannung mit sich bringen.

Abg. Kleinknecht (SPD) unterstützte zum Schluß seiner Ausführungen die von Abg. Ruess ausgesprochene Warnung. Abg. Schloß (CDU) wandte sich gegen den Antrag seines Fraktionskollegen Möhrlin, der bezwecke den Urlaub der Schaffenden zu verschlechtern.

Die Fraktionen der DVP und CDU hatten es ihren Mitgliedern freigestellt, wie sie abstimmen. Wiedemeier (CDU) erklärte heftig, daß auch diejenigen von der CDU, die heute den Antrag Möhrlin und Genossen ablehnten, im nächsten Jahr für keine weitere Verlängerung des Gesetzes stimmen werden. Bei der namentlichen Abstimmung stimmten u. a. die CDU- und DVP-Abgeordneten Möhrlin, Brendle, Brück, Dr. Schäfer, Schloß, Gaiser, Hermann, Vogel-

mann für die Urlaubsverschlechterung (insgesamt 14). Dr. Häring und Frau Raiserer enthielten sich der Stimme. Abg. Bausch (CDU) gab für seine Ablehnung des Möhrlinschen Antrags noch eine Erklärung ab, die nichts anderes darstellte, als eine Entschuldigung an die Arbeitnehmer.

Um 'das Radiogesetz

Stuttgart, (Vst.) Der Landtag befaßte sich in seiner letzten Sitzung abermals mit einem neuen Entwurf des Rundfunkgesetzes, das einmal bereits beschlossen, immer wieder den Landtag und seinen Ausschuß beschäftigt hat, weil die Militärregierung nicht mit seinem Inhalt zufrieden war. Das Gesetz wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Abg. Julius Schätzle (KPD) erinnerte daran, daß außerparlamentarische Kräfte ihren ganzen Einfluß eingesetzt hätten, um dem Gesetz einen Inhalt zu geben, der nicht den Wünschen der gewählten Volksvertretung entspreche. Zu der von der Militärregierung gewünschten und entsprechend beschlossenen Ausschaltung der Landtagsabgeordneten im Verwaltungsrat (bis auf zwei) äußerte er: „Wenn man schon zu dem Parlament kein Vertrauen hat, auf wen soll sich denn die Demokratie eigentlich stützen?“ Zwischenruf: „Auf die Militärregierung“.

Bei seinem ersten Presseempfang erklärte der Direktor der US-Militärregierung für Württemberg-Baden, General Groß, daß der Sender Radio Stuttgart ab 3. Juni in deutsche Hände übergehen werde. Eine Entscheidung über das Pressegesetz des Landtags sei jedoch noch nicht gefallen.

Friedensverhandlungen in China

Nanking-Regierung muß verschwinden

In Peking wurden die Friedensverhandlungen zwischen der Führung der Kommunistischen Partei und der Delegation der Nationalchinesen aufgenommen. Die Kommunistische Delegation wird von Chou En-Lai, die der Nankingregierung von Chang Chin-Chung geführt. Die Besprechungen finden ohne Zuzusicherung der Öffentlichkeit statt. Wie verlautet, sei man überein gekommen, Nachrichten in Form gemeinsamer Kommuniqués zu eröffnen. Man will

wissen, daß die Kommunistische Führung als eine der wichtigsten Bedingungen des Friedens die kampflöse Ueberschreitung des Jangtse und Besetzung Schanghai und Nankings verlangt.

Mao Tse-Tung, der Führer der chinesischen Kommunisten, übermittelte der Kuomintang-Delegation eine Erklärung, in der es heißt, daß die Ansichten der reaktionären Nanking-Regierung falsch seien, da sie im Widerspruch zum Willen des chinesischen Volkes ständen. Mao Tse-Tung hat seinen festen Entschluß bekannt gegeben, die nationalchinesische Regierung unter allen Umständen zu beseitigen.

Etwas 3000 Studenten demonstrierten am Freitag gegen die Politik der Kuomintang-Regierung. Sie forderten die Befreiung der politischen Gefangenen, sowie die Einstellung der Neurekrutierung. Die Studenten wurden von herumstreifenden Offizieren und Soldaten der Nanking-Armee tödlich angegriffen, wobei zwei Demonstranten getötet und nach den letzten Angaben annähernd 200 verletzt wurden.

Warnende Stimmen

Auf einer Pressekonferenz Präsident Trumans, rief der republikanische Senator Walter George die Realisierung des Nordatlantikkpakt durch Waffenlieferungen zu verschieben. Es wäre von Truman klug und weise abgehandelt, wenn er seinen Plan zur Wiederaufrüstung Westeuropas nicht sofort verwirklichte, damit der Nordatlantikkpakt nicht zu offen als ein gegen die Sowjetregie gerichtetes Militärbündnis erscheine.

Der republikanische Senator Edward Martin äußerte seine Sorge, daß die Waffenhilfe für Europa die USA selbst allzusehr schwächen würde.

Mitglieder des Repräsentantenhauses und Senats in Washington, unter anderen der demokratische Abgeordnete Mansfield, sind an den Präsidenten Truman mit der Forderung herangetreten, er solle eine Zusammenkunft mit Generalissimus Stalin in die Wege leiten, damit durch eine Aussprache die Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und der UdSSR beseitigt werden könnten.

Paradox

Im dritten Quartal 1948 wurden in der Doppelzone 133 000 t britische Kohle eingeführt. Es scheint unvorstellbar zu sein, wenn man sich vor Augen führt, daß 43 Prozent des gesamten westdeutschen Exportes aus Lieferungen deutscher Kohlen ins Ausland besteht.

daiktare als sehr gelehrige Schüler des Herrn Dr. Lehmann.

Wenn auch der Vorsitzende der FDP-Bayern, Dr. Thomas Dehler, gewöhnlich eher die Interessen der Unternehmer als jene der Arbeiter und Angestellten vertritt, so hindert dies alle ehrlichen Menschen in Deutschland sicher nicht daran, ihm vorbehaltlos zuzustimmen, wenn er erklärt, es sei für die „NZ“, an der Zeit, ihr Erscheinen einzustellen. Wie kann eine „Neue Zeitung“ verstehen, was es heißt in die Zwangsjacke der JEIA, der Außenhandelsverbote und des von der westlichen Konkurrenz organisierten Weltmarktboikotts deutscher Qualitätswaren gesteckt zu sein? Wie kann sie verstehen, was es bedeutet, bei Nacht und Nebel über „grüne Grenzen“ inmitten unserer Heimat schleichen zu müssen, Kohlen für ausländische Herren und deutsche Schlotbarone aus den Gruben des Ruhrgebiets zu wühlen?

Ein Deutscher, der anders denkt als die „Neue Zeitung“, der ist ein „Nationalist“ (und das muß er sich von einem Blatt sagen lassen, das soeben erst von der wirklichen amerikanischen „New York Herald Tribune“ der Züchtung des nazistischen Geistes gezogen wurde). Wer aber gelernt hat, auf jeden Wink der „Neuen Zeitung“ mit dem Kopf zu nicken, der handelt „national“, was heißen will, er ist gegen alle Anklagen von seiten des Ausschusses für „unamerikanische Aktivitäten“ geschützt.

Aber weder die Kopfnicker, noch die „Neue Zeitung“ können sich davor schützen, daß immer mehr Deutsche nachdenklich werden. Und das Denken hat es in sich. Uns scheint, die „Neue Zeitung“ geht zornigen Zeiten entgegen.

Pressestimmen

Amerikanische Opposition gegen Atlantikkpakt

Die Administration hat aber im Senat doch mit einer nicht zu unterschätzenden Schwierigkeit zu rechnen, die darin besteht, daß viele Senatoren den Pakt im Licht des gegenseitigen Rüstungshilfsprogramms prüfen wollen, welches das Staatsdepartement dem Kongreß separat unterbreiten möchte. An offizieller Stelle hat man ja immer darauf gehalten, diese beiden Vorlagen streng getrennt zu behandeln. Die Senatoren sind jedoch anderer Auffassung und halten daran fest, daß diese zwei Vorlagen zusammengehören. Und es ist kein Geheimnis, daß das auch die Auffassung nicht weniger europäischer Paktpartner ist. Ihre Haltung unterscheidet sich von der des amerikanischen Senats nur dadurch, daß sie möglichst viel Waffen und Munition ergattern wollen, während der Senat möglichst wenig geben will.

Manche Senatoren nehmen diese Haltung ein, weil sie außenpolitische Bedenken haben, Rußland könnte sich allzu sehr provoziert fühlen — eine These, die bekanntlich schon in bezug auf die Ausdehnung des Paktinhaltsgebietes auf Nichtmitglieder der westlichen Union geltend gemacht worden war. Andere führe ausschließlich finanzielle und wirtschaftspolitische Bedenken an vor einer Ueberlastung der Vereinigten Staaten. Kein geringerer als Bernard Baruch wies dieser Tage auf die schicksalsschweren Fragen hin, die sich aus der dauernd steigenden weltpolitischen Beanspruchung der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Systems der freien Wirtschaft ergeben ...

Es gibt Anzeichen dafür, daß sich im Senat eine gewisse Opposition gegen den Atlantikkpakt bildet, die in Wirklichkeit dem Rüstungshilfsprogramm gilt, das die Administration angesichts des Artikels 3 des Atlantikkpakt mit Rücksicht auf die rüstungshungrigen europäischen Paktpartner nicht so vollständig vom Pakt trennen kann, wie sie es wahrscheinlich gerne möchten ...

Aber Vandenberg hatte dabei, seiner ganzen politischen Bewertung des Atlantikkpaktes ent-

sprechend, den Einsatz der potentiellen Macht Amerikas im Auge, nicht der aktuelle in der Form von Tanks und Geschützen. An diese scheinbar aber die den Pakt vorwiegend militärisch bewertenden Europäer vor allem zu denken, wenn sie erklären, sie wollten im Falle des Ausbruchs eines Konflikts nicht nachträglich befreit, sondern in die Lage versetzt werden, sich wirksam zu verteidigen. Einige von ihnen scheinen überhaupt geneigt, den Wert des Atlantikkpakt vor allem in der ihm folgenden Rüstungshilfe zu sehen — eine Haltung, die leicht zu Enttäuschungen führen könnte, wenn sich die Stimmung im Senat nicht wandelt. Neue Züricher Zeitung

Aufgebürdete Demokratie

Die neuen und verschiedentlich kleinteiligen Einwürfe der Alliierten verändern den Begriff einer neuen demokratischen Verfassung und demokratischen Selbstregierung Westdeutschlands in eine traurige Farce. Nach den Aussagen einiger Japaner lautet die Definition des Begriffes „Demokratie“: „So handeln, wie es General MacArthur verlangt“. Ebenso scheint man von den Deutschen zu erwarten, daß sie den Begriff der „Demokratie“ dahingehend auslegen, als das anzunehmen, was die Generale Clay, Robertson und König unter sich auszuhandeln in der Lage sind.

... CDU: „Besser, wenn nichts dabei heraustritt“

Das deutsche Volk wird niemals eine Verfassung als die seine anerkennen, die unter so starker Beeinflussung fremder Mächte entstanden ist. Es wäre dann vielleicht besser, wenn die Militärregierungen ein Grundgesetz dekretierten. Müssen wir davor zurückschrecken, so fragt sich heute mancher, daß die Bonner Arbeit möglicherweise vergeblich war? Ist es für die Sache der Demokratie nicht vielleicht besser, wenn nichts dabei heraustritt, als wenn das Ergebnis ein Fehlschlag ist? ...

Je weiter die Einmischung der Westmächte in Bonn vorwärtsschreitet, desto größer ist der Auftrieb für die Propaganda der Kommunisten. Rheinische Post

Der Zorn der „Neuen Zeitung“ / Von Stefan Sterz

„Die Neue Zeitung“ wurde richtig wild, als sie davon hörte, daß deutsche Professoren, Schriftsteller, Politiker, Studenten und Journalisten es wagen, ihre eigene — und dazu noch unamerikanische — Meinung zu haben. Sie hielt eine sechsspaltige, leitartikelulierende Moralpredigt und beschimpfte, denunzierte und verleumdete jene, die es für falsch und gefährlich halten, sich vor den Propagandawagen der „Neuen Zeitung“ spannen zu lassen.

Jene Zeitung, die sich gewöhnlich in der Rolle des selbstbestellten Hüters „abendländischer Kultur“ gefällt, zeigte plötzlich ihr eigentliches Antlitz und schlug einen Gassenjüngling an, der uns Deutsche noch immer sehr unliebsam an eine unschöne Vergangenheit erinnert. Doch hören wir selbst, mit welcher erstaunlichen Taktgefühl die amerikanische „Neue Zeitung“ deutsche Wissenschaftler, Schriftsteller, Politiker, Studenten und Journalisten wissen läßt, daß sie sich unamerikanisch verhalten.

Der bekannte Heidelberger Soziologe, Prof. Alfred Weber, arbeitet, so zu lesen in der „NZ“ vom 24. März 1949, auf „höherer philosophischer Ebene nach dem Motto: Was mir den Pelz, aber nicht die Haut nicht naß!“ Dem Professor Dr. Paul A. Schilpp aus München wird eine „schöne professorale Weltfremdheit“ bescheinigt, weil er nicht kritiklos den Friedensschmelzern der Initiatoren, des Atlantik-Paktes lauscht. Prof. Ulrich Noack hat bereits seit 1946 den Lehrstuhl für Geschichte an der Universität Würzburg, das ja bekanntlich in der amerikanischen Zone liegt, inne. Er schuf

den „Tag der jungen Generation“ und setzte sich stark für eine deutsch-englische Verständigung ein. Nachdem er jedoch in einer dauernden Besetzung unserer Heimat durch ausländische Mächte nicht die Patentmedizin zur Rettung Deutschlands erblickt, geniert sich die „NZ“ nicht, ihn nunmehr, nach fast vier Jahren seit dem Beginn der Entnazifizierung, sein Parteimitgliedsbuch unter die Nase zu halten.

Wer in der deutschen Geschichte nur ein klein wenig bewandert ist, weiß, daß über Jahrhunderte hinweg, die Einheit unseres Vaterlandes ein Anliegen unserer Dichter, Schriftsteller und Studenten war. Ist es darum allzu verwunderlich oder gar absonderlich, wenn der „Verband deutscher Autoren“ in Hamburg auch mit „konzilianten Salonbolschewisten“ wie Günther, Weisenborn, Johannes R. Becher und Anna Seghers die u. a. auch Mitglieder des internationalen PEN-Clubs sind, Gespräche führt? Ist es ein Verbrechen wenn in Berlin Vertreter des „Verbandes deutscher Schriftsteller“ dahin übereinkommen, sich nicht mehr länger gegenseitig mit Schmutz zu bewerfen, wie es die „NZ“ anscheinend so gerne gesehen hätte? Die „NZ“ spricht von einem „studentischen Volkskongreß ala Nadolny“ und von einer „zweifelhafte menschlichen Basis“ des „Verbandes deutscher Autoren“. Uns scheint die „zweifelhafte menschliche Basis“ kein Attribut jener zu sein, die einem sachlichen und vernünftigen Gespräch zwischen Deutschen noch nicht — aus welchen Gründen auch immer — valet gesagt haben.

Die „Allgemeine Zeitung“ in Mainz wird gerügt, weil sie, man höre und staune, eine Mitteilung der KPD-Mainz an „sichtbarer Stelle“ veröffentlicht hatte, und weil sie harte Worte für die Ablehnung der Einladung des Deutschen Volksrates durch Adenauer und Köhler fand. Der „Presse- und Informationsdienst“, welcher von der „NZ“ nach dem schlichten Oberlehrer-Motto abgekantelt: Du weißt von nichts, drum halte gefälligst den Mund! Auch die Lizenzträger der „Süddeutschen Zeitung“ bangen seit dem 24. März 1949 um ihren Lizenzszettel, weil es der „NZ“ nicht ins Konzept paßte, wenn eine deutsche Zeitung ihren Deutschen Lesern vor Augen führt, daß „Amerika jenseits des Ozeans, Deutschland aber vor der Schwelle des russischen Reiches liegt“.

Udo Bintz, der Herausgeber der „Offenbacher Post“ hat zwar erst vor wenigen Monaten als „prägnanter Vertreter des deutschen Journalismus“ die Vereinigten Staaten besucht. Dies hält jedoch das amerikanische Blatt nicht davon ab, ihn heute als einen „naiven Menschen“ hinzustellen, nur weil er es für möglich hält, daß Deutschland aus verschiedenen Zonen sich miteinander unterhalten können. Welch hochverräterisch-unamerikanischer Gedanke!

Erst vor zwei Monaten hat man in München einige Naziredaktoren an die frische Luft gesetzt. Dem rüden Ton nach zu urteilen, den ein Herr Observer anzuschlagen pflegt, erweisen sich die verbliebenen Re-

Vergessene Lehren

Auf den Spuren Hitlers

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich ein eigenartiges Vorspiel für die am Dienstag, 5. April begonnene Vollversammlung der Vereinten Nationen ausgedacht. Am Tage zuvor, am Montag, 4. April wird in der Bundeshauptstadt Washington der Atlantikkpakt von den Außenministern der elf Teilnehmerstaaten unterzeichnet werden. Die Unterschrift der USA fehlt vorerst noch, weil sie der vorherigen Zustimmung des Senates zu dem Atlantikkpakt bedarf. Wahrscheinlich hat der neue Außenminister der USA, Acheson, der sich mit dem Atlantikkpakt einen ähnlichen Reklame-Erfolg nach außen hin sichern will wie sein Vorgänger mit dem Marshall-Plan, dieses feierliche Zeremoniell der Unterzeichnung durch die elf anderen Außenminister absichtlich gewählt, um dem Pakt gegen die wachsende Opposition im Senat die Annahme zu erleichtern. Sicherlich wird der Senat schließlich zustimmen, da ja keine automatische militärische Beistandsverpflichtung der USA vorgesehen ist. Trotzdem ist es klar, daß es für die USA auf dem nunmehr von ihnen eingeschlagenen Weg kein Zurück mehr gibt. Das Verhältnis der USA zur europäischen West-Union ist genau das gleiche wie das Verhältnis Englands zu dem französisch-russischen Bündnis im Jahre 1914. Gewiß war die Entente kein die Briten verpflichtendes Militärbündnis, aber die Macht der Verhältnisse war stärker und das begonnene Spiel konnte nicht mehr aufgegeben werden. Ueber diesen Präzedenzfall sollte man sich in Washington klar sein und der Protest der Sowjet-Union gegen den Atlantikkpakt läßt sowohl die USA als treibende Kraft und militärisch-politisches Fundament des Paktes, als auch die „Mitläufer“ am Atlantik wie im Mittelmeer nicht im Zweifel darüber, daß man in Moskau die Absicht gemerkt hat und sehr verstört ist. Sind es doch jetzt gerade zehn Jahre her, seitdem Moskau sich unmittelbar einem Angriff einer ähnlichen Koalition ausgesetzt sah, die Hitler unter der Firmenbezeichnung „Antikomintern-Pakt“ zusammengebracht hatte. Sollte das Schicksal des nationalsozialistischen Deutschland den neuen Kreuzzugs-Predigern gegen Moskau nicht zu denken geben? Jene westeuropäischen Mächte, die vor zehn Jahren Rußlands Bemühungen um die Erhaltung des Friedens sabotierten, weil sie glaubten oder gar hofften, Hitler würde sich auf die Sowjetunion stürzen, haben schwer dafür büßen müssen und verdanken ihre Rettung einzig der Standhaftigkeit und den ungeheuren Opfern der Roten Armee. Haben sie diese Lehre schon vergessen?

Gefährliche Illusionen der Atlantik-Strategen

Daß den Mitläufern bei diesem Atlantikkpakt nicht ganz geheuer bei der Sache ist, bezeugen die krampfhaften Bemühungen gewisser militärischer „Fachmänner“ im Lager der Atlantiker, die gewaltige militärische Ueberlegenheit der Paktmächte zu beweisen. So wartet ein soeben aus Washington lanzierter Dena-Reuter-Bericht aus angeblich amtlichen Quellen mit einem Zahlenmaterial auf, das zeigt, „daß sich künftig jeder Gegner der Paktmächte einer überwältigenden Macht gegenübersehen würde.“ Es wird dann zahlenmäßig nachgewiesen, „daß die Westmächte eine mehr als dreifache Kapazität in der Stahlerzeugung, mehr als doppelte Kohlenproduktion, die achtfachen Oelvorkommen, die 34fache Schiffstonnage, etwa die 30fache Zahl an Kraftfahrzeugen“ besitzen als der Ostblock. Zwar hätte der Ostblock den über vier Millionen Mann aller Waffengattungen der Westmächte ein Viertel mehr Truppen entgegenzustellen, aber selbstverständlich sind die Truppen des Westens besser ausgebildet und ausgerüstet. Diesen amtlich inspirierten Phantastereien von einer Streitmacht von über vier Millionen der Atlantikkpakt-Mächte steht eine sehr nüchterne Untersuchung des bekannten amerikanischen Journalisten Hanson W. Baldwin in der „New York Times“ gegenüber, der u. a. zu folgenden Erkenntnissen kommt: „Die Annahme einiger Offiziere unseres Nachrichtendienstes, daß ganz Westeuropa innerhalb weniger Tage oder Wochen von der Roten Armee überrannt werden könnte, erscheint übertrieben. Nichtsdestoweniger kann Rußland heute eine überwältigende Armee von mindestens fünfzig Divisionen schnell gegen Westeuropa einsetzen und wahrscheinlich innerhalb neunzig Tagen hundert Divisionen ins Feld stellen. Gegen diese große Truppenmasse können die Länder Westeuropas — England, Frankreich und Benelux — heute nur sieben oder acht gut ausgerüstete Divisionen aufstellen.“ Baldwin rechnet dann noch zwei amerikanische Divisionen Besatzungstruppen sowie einige Divisionen aus Dänemark, Norwegen und Portugal hinzu. Italiens acht bis zwölf schlecht ausgerüstete Divisionen kämen nur zur eigenen Verteidigung in Frage. Rußlands Ueberlegenheit in der Luft schätzt Baldwin nicht so stark ein als die zu Lande. Sehr skeptisch ist Baldwin auch in bezug auf die nach einem neuen Pacht-Leih-System durchzuführende Aufrüstung. Er rechnet für das erste Jahr nur mit einer Erhöhung der Landmacht der fünf Westmächte (England, Frankreich, Benelux) von acht auf zwölf Divisionen — vorausgesetzt, daß der USA-Kongreß die erforderlichen 1,8 Milliarden Dollar auch bewilligt. Ob diese nüchternen Tatsachen aber die Pläne der Atlantik-Strategen beeinflussen werden? Der Atlantikkpakt soll dem Frieden dienen — aber solche Illusionen gefährden ihn. Argus

Freiheit, die sie meinen

Als man in der Sowjetunion über das Werk des bekannten russischen Komponisten Schostakowitsch diskutierte, war diese Diskussion nach den Äußerungen führender Amerikaner ein Beispiel für die „Unfreiheit“ in Sowjetrußland. Jetzt meldet die „Neue Zeitung“, daß u. a. die American Legion gegen ein Konzert des als Delegationsmitglied zur Friedenskonferenz nach den USA gekommenen Schostakowitsch protestierte. Der Konzertsaal — für den Abend waren bereits 1000 Karten verkauft — war daraufhin nicht verfügbar. — Es gibt schon künftige Ansichten über Freiheit. Eine Diskussion ist danach totalitär und ein Konzertverbot demokratisch ...

Der unselige Paragraph

Durch einen Zufall war man der Geschichte auf die Spur gekommen. Das Verhängnis nahm seinen Lauf und wegen Abtreibung in vier Fällen stand eine Frau vor dem Mannheimer Schöffengericht zur Aburteilung.

Mit dem Gesetz war die 50jährige Angeklagte noch nicht in Konflikt gekommen. Für ihre Betätigung fehlten ihr die verbrieften medizinischen Voraussetzungen. Trotzdem verließen die vier Fälle, bei denen sie eingriff, ohne jede Komplikation: Gesundheitliche Schäden ließen sich bei den vier Frauen nicht ermitteln.

Die Angeklagte bot ein äußerst günstiges Bild. Sie hatte die Eingriffe nicht gemacht, um maßlos Geld zu verdienen, wie es gewöhnlich Absicht und Zweck bei Kurpfuschern ist. Aus einem Hilfsbedürfnis gegenüber den vier Frauen hatte sie gehandelt.

Drei der Fälle fielen in die Zeit der Jahre 1941 bis 1946. Für diese mußte das Gericht die Amnestie in Anwendung bringen. Für den vierten Fall, der aus dem Jahr 1948 datierte, verhängte das Gericht vier Monate Gefängnis. Die Strafe soll, so sagte der Richter, der Angeklagten zur Warnung dienen und sie abhalten, in Zukunft gleiche Straftaten zu begehen.

Der Paragraph 218 fordert immer wieder Opfer. Er bringt Menschen mit dem Gesetz in Konflikt und setzt unnötigerweise Frauen schlimmer gesundheitlicher Gefährdung und selbst der Todesgefahr aus. Bestände bei uns die Möglichkeit einer sozialen Indikation, dann hätte in den vier vorliegenden Fällen wahrscheinlich die Voraussetzung bestanden, daß die Frauen, ohne sich in ein außergewöhnliches Risiko zu begeben, den Arzt hätten in Anspruch nehmen können. Sie besteht aber nicht, deshalb gehen sie, dem Zwang der Not gehorchend, auf gut Glück, illegale Wege. In den vorliegenden Fällen hatten sie, wie der Verlauf zeigt, Glück gehabt.

Diese Schöffengerichtsverhandlung erinnert an eine oft gebrauchte Gesetzesauslegung, nämlich, daß Gesetze dazu da seien, Menschen vor Schaden zu bewahren. Der Verstoß gegen den § 218 in den zur Behandlung stehenden vier Fällen hat keinem Menschen Schaden zugefügt, vielleicht aber, sozial gesehen, Menschen vor Schaden bewahrt. Trotzdem Urteilsspruch: vier Monate Gefängnis.



Wie konnten sie noch in heutiger Zeit in einer Metzgerei einbrechen, wußten sie nicht, daß Geflügel marktfrei ist?

Ein gefährvolles Urteil

In seiner ersten Sitzung hat der württembergisch-badische Staatsgerichtshof entschieden, daß das „Kulturpennengesetz“ zu Recht bestünde und nicht gegen die Verfassung verstoße. Das Urteil wurde ohne mündliche Begründung verkündet. Die schriftliche soll später erfolgen, ein Vorgang, der in der deutschen Rechtsprechung ohne Beispiel ist.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist von schwerwiegenden Folgen. Verfassungsfragen werden in das Bett formaljuristischer Auslegung gezwängt. Die Justiz in der Weimarer Republik ist auf diesem Wege zu einem wichtigen Helfer zur Auflösung der Demokratie, und des Erfolges von Hitler geworden. Mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes über das „Kulturpennengesetz“ zeichnet sich ein ähnlich gefährvoller Weg ab.

Kehl, eine offene Wunde im Westen

Die kommunistische Fraktion im südbadischen Landtag stellte zur Kehler Frage folgenden Antrag: „Die Abgeordneten des Badischen Landtags haben durch offiziöse Verlautbarungen erfahren, daß Kehl in den französischen Zollbereich einbezogen und in der Kehler Zone das französische Währungssystem eingeführt werden soll. Sie ersuchen die Regierung, die Wahrheit dieser Nachricht zu überprüfen und im Namen des Badischen Volkes gegen solche Absichten zu protestieren.“

Des einen Brot...

Die General Motors Ges. m. b. H. hat den Sitz von Berlin nach Rüsselsheim a. M. verlegt. Die Gesellschaft übt die Kontrolle aus über die in Deutschland ansässigen Vertreter der Automobilfabriken General Motors Export Company New York, General Motors International A/S Kopenhagen, General Motors Continental A/S Antwerpen. Sie kann auch eigene Geschäfte im Automobilhandel tätigen. Stammkapital 1 Mill. DM. Geschäftsführer ist Kfm. Ernst Neumann, Rüsselsheim a. M., und Kfm. Erich Kröger, Berlin.

... ist des anderen Tod

Es wird befürchtet, daß in wenigen Monaten kaum noch ein Volkswagen ins Ausland geliefert werden kann. Das hängt damit zusammen, daß in Zukunft von der JEA offenbar keine Ausnahmen von dem 30-Cent-Kurs zugelassen werden sollen. Zu diesem Umrechnungskurs sind aber die deutschen Wagen im Ausland nicht konkurrenzfähig. Die seit 1948 laufenden Lieferverträge mit dem Ausland waren im Einverständnis mit der JEA zu einem Umrechnungskurs von 17 Cents abgeschlossen worden. Verschiedene Verhandlungen wurden in dieser Angelegenheit geführt, die aber bisher noch keine Änderung erbracht haben.

Allgemeine Zeitung, Mainz

SPD-Fraktion verweigert ihrem Minister das Vertrauen

Fall Kienle vor dem Landtag — Abgeordn. Nuding beleuchtet die Hintergründe des politischen Skandals — Der kommunistische Vertrauensantrag für den sozialdemokratischen Innenminister — Schmäähliche Kompromiß der drei Regierungsparteien — SPD läßt ihren eigenen Innenminister im Stich

Stuttgart. Auf der Tagesordnung der Landtagssitzung vom Mittwoch stand der Bericht des Untersuchungsausschusses über die gegen den Landespolizeidirektor Dr. Kienle erhobenen Vorwürfe, die seit Jahresfrist starkes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt haben. Nachdem kein einheitlicher Bericht im Ausschuß zustande gekommen war, einigten sich die drei Regierungsparteien in letzter Minute auf einen Kompromißantrag, der es dem Innenminister anheimstellte, über den Fall Kienle zu entscheiden. In der Debatte ließen die Vertreter der CDU und DVP keinen Zweifel darüber, daß vom Innenminister Ulrich (SPD) erwartet wird, daß er seinen Landespolizeidirektor entläßt. Der Kompromiß lief also darauf hinaus, Dr. Kienle nicht öffentlich, sondern sozusagen „schwarz zu schlachten.“

Wie eine Bombe schlug der im Verlauf der Debatte vom Abg. Nuding eingebrachte kommunistische Antrag ein, dem Innenminister das Vertrauen zu seiner Haltung in Sachen der Landespolizei auszusprechen.

Nachdem die Regierungsparteien dem Kompromißantrag zugestimmt hatten, gelang es der DVP/CDU-Mehrheit zunächst die Abstimmung über den kommunistischen Vertrauensantrag auf die nächste Landtagssitzung zu verschieben. In der heutigen Sitzung wurde der Vertrauensantrag von dem SPD-Abgeordneten Möller als „taktische Manöver“ bezeichnet. Die drei Regierungsparteien nahmen einen Antrag an, wonach der Vertrauensantrag durch den Bericht des Untersuchungsausschusses gefälschten Kompromißbeschlusses für erledigt erklärt wird.

Abg. Leibbrand (KPD) betonte in einer Erklärung, daß von allen Fraktionen des Hauses gestern erklärt wurde, daß die Angelegenheit Dr. Kienle ein wichtiger politischer Fall sei. Der Antrag der Kommunisten sei also kein taktisches Manöver, sondern in ihm wird dem Innenminister für seine politische Haltung gegenüber dem politischen Intrigenspiel im Fall Kienle das Vertrauen ausgesprochen. Die Haltung der Regierungsparteien zeige, daß sie nicht bereit sind, ihrem Minister für sein Verhalten in einer wichtigen politischen Frage das Vertrauen auszusprechen. Mehrmals vom Landtagspräsidenten unterbrochen, fuhr Leibbrand fort: „Die SPD verzeichnet im Interesse des Koalitionskrahndels darauf, ihrem Minister das Vertrauen zu geben.“

Unter Zwischenrufen von der kommunistischen Seite des Hauses wie: „So bestatten sie einen Minister“, „Der Skalp Dr. Kienles wird der CDU dargereicht“, vollzog sich die Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien.

Schon in der am gleichen Tag erschienenen Ausgabe der „Sutgartar Nachrichten“ hatte der SPD-Landesvorsitzende und das Mitglied des Wirtschaftsrates, Schütte, in einem Artikel der Landtagsfraktion nahegelegt, dem Vertrauensantrag für den Innenminister aus dem Wege zu gehen. Es bestätigt sich, was der kommunistische Abg. Nuding am Vortage erklärt hatte, daß die SPD-Fraktion auf höheren Befehl gar nicht anders kann, als jeden Kompromiß mit ihren Regierungsparteien zu schlucken, selbst wenn sie ihren eigenen Innenminister dabei bloßstellt.

schlucken, selbst wenn sie ihren eigenen Innenminister dabei bloßstellt.

Aus der Rede des Gen. Nuding In der Debatte der Landtagssitzung vom Mittwoch stellte Abg. Nuding (KPD) an die Spitze seiner Ausführungen, er überlasse es jedem Abgeordneten, ob er sich als Subjekt oder Objekt der verschiedenen Intrigengruppen vorkomme, welche die Angelegenheit Dr. Kienle zu einer staatspolitischen Affäre gemacht haben. Nuding, der Vorsitzender des Untersuchungsausschusses gewesen war, wies anhand des dokumentarischen Materials nach, daß die Aktion um Kienle bewußt benutzt wurde, um die Voraussetzungen für die Besetzung der entscheidenden Regierungsposten in dem geplanten Südstaats vorzubereiten. Das Material, das der Hauptakteur, der ehemalige Polizeirat Hahn in die Schweizer Zeitung „Neue Politik“ brachte, wurde von der CDU-Presse verschlungen, „wie von einer Gans ein Apfelbrot.“

Mit diesem Material wurde der Angriff auf die vormalige Regierungskoalition, die von dem verstorbenen Finanzminister Köhler wegen der Teilnahme der KPD als „Naturschutzpark“ bezeichnet wurde, gestartet.

Der „rote Hahn“

„Was zeigt für mich die Untersuchung: daß von außen her Menschen bewußt daran arbeiteten, daß was hier aufgetrieben wird, in ihrem Sinne zu beeinflussen oder zu stören (Bausch: Sie wollen es doch auch beeinflussen). Das steht jedem Staatsbürger zu, aber es hört dort auf, wo der pensionierte Staatsbürger auf Kosten des Staates lebt und unseren Staats-

Verschleppung der Lohnverhandlungen

Well O.-B. Klett Englandreise macht, Termin der Verhandlungen über Gemeindelöhne erst am 12. April

In Württemberg-Baden warteten Tausende Lohn- und Gehaltsempfänger der Öffentlichen Dienste auf das Ergebnis der seinerzeit für den März festgesetzten Lohnverhandlungen. Jetzt mußten sie vernennen, daß bis 1. April keine Regelung zustande gekommen ist, weil nämlich Oberbürgermeister Klett von Stuttgart, der Vorsitzende der „Kommunal-arbeitsrechtlichen Vereinigung“ eine Englandreise macht und deshalb der Verhandlungstermin auf den 12. April verschoben wurde.

Viele Tausende müssen einfach warten! Als ob nicht mit einem anderen der „Kommunal-arbeitsrechtlichen Vereinigung“ hätte verhandelt werden können. Es ist bei dieser Gelegenheit wieder einmal klar ersichtlich, wie willkommen jeder Vorwand ist, der der Verschleppung von Lohnverhandlungen dient.

Für den April werden nochmals 20.— DM Zulage als Ausgleich bezahlt. Sie werden als Lohn verrechnet und fallen so unter den abgabepflichtigen Verdienst.

Die Brünningische Notverordnung vom 8. 12. 30, nach der heute immer noch 8 Prozent des Gehaltes der Beamten abgezogen wird, war für die Gewerkschaft für Öffentliche Dienste und Verkehr Anlaß, neuerlich sich an die Regierung und alle Fraktionen des Landtages zu wenden, um ihre Aufhebung zu erreichen. Die Arbeiter und Angestellten sind sehr interessiert, wie sich die Fraktionen der einzelnen Parteien im Landtag verhalten werden. Sie haben kein Verständnis dafür, wenn eine Argumentation benutzt wird, die dahingehet, zu sagen, Reichsverordnungen könnten nicht auf Länderbasis aufgehoben werden. Man hat

in anderen Fällen, beispielsweise etwa bei der Aenderung der Dienststrafordnung auch anders gekonnt. Die Auslegung erfolgt immer nach dem Gesichtspunkt, wie Rechte oder Vergünstigungen der großen Masse vorenthalten werden können.

Der Oberdirektor des Frankfurter Wirtschaftsrates, Dr. Pünder, hat dieser Tage wieder bei einer Rede in Köln zum Ausdruck gebracht, wir dürften uns keine Lohnkämpfe leisten. Er vertrat die Ansicht, daß die Arbeiter sich auf die Preissenkungen, durch die das Realeinkommen eriechrt werden sollte. Auf diese Leimrute kriechen nur noch Dumme. Die Arbeiter der öffentlichen Betriebe haben bei ihrer Streikabstimmung ihre Kampfgeschlossenheit bekundet. Sie werden nicht auf die Dauer willens sein, sich an der Nase herumführen zu lassen.

Fa. CRON zweimal vor dem Arbeitsgericht

Fristlose Entlassungen sollen die Belegschaft einschüchtern — Die Firma erreicht nicht ihr Ziel

Die „idyllischen“ Verhältnisse bei der Firma Cron, Maschinenfabrik in Mannheim, Industriehafen, waren in der vergangenen Woche Gegenstand von zwei Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht.

Im ersten Fall sollte das Landesarbeitsgericht über einen Einspruch der Firma gegen ein Urteil der ersten Instanz entscheiden. Der Arbeiter W., um den es sich dabei handelte, wurde bei den Arbeitern der Firma Cron allgemein als „das Arbeitspferd“ bezeichnet, weil er schufte wie kein anderer. Als er vom vielen Schuften schließlich krank geworden war, wollte er von der Firma eine Unterstützung (die in anderen Fällen auch gewährt worden war) haben. Aber trotz seiner treuen Dienste speiste ihn Herr Schwab, den Firmeninhaber u. a. mit dem Hinweis ab, daß er ja wo anders arbeiten könne, wenn er dort mehr verdiene. Da platzte dem „Arbeitspferd“ doch der Kragen, er ließ sich zu Beleidigungen hinreißen, was die fristlose Entlassung zur Folge hatte. Nach Meinung des Betriebsrates und des Arbeitsgerichtes in erster Instanz waren jedoch diese Beleidigungen noch kein Grund zur fristlosen Entlassung. Das Landesarbeitsgericht steuerte auf einen Vergleich hin, weil durch besondere Umstände der Fall juristisch ziemlich kompliziert lag. Herr Schwab, der meinte, daß bei ihm im Betrieb Ordnung herrsche, ließ sich nach langem Zureden endlich zu einem solchen Vergleich bewegen.

Daß aber in seinem Betrieb nicht alles in Ordnung ist, zeigte ein zweiter Prozeß, der einen Tag später stattfand. Der Arbeiter J., der infolge einer früheren Kopfverletzung leicht erregbar ist, wäre beinahe das Opfer eines Betriebsunfalles geworden. Ein nicht gesicherter Flaschenzug rasselte unmittelbar neben ihm aus großer Höhe herunter. Kurz darauf mußte er noch von seinem Meister und Herrn Schwab jr. Vorhaltungen wegen seiner Arbeit anhören. Jetzt war es um seine Selbstbeherrschung geschehen; Beleidigungen gegen Herrn Schwab jr. und fristlose Entlassung waren die Folge. Das Arbeitsgericht würdigte sehr wohl die besonderen Umstände dieses Falles, nicht aber Herr Schwab, der unbedingt auf der Meinung bestand, daß die fristlose Entlassung gerechtfertigt sei. Weil sich in letzter Zeit verschiedene Mitglieder der Belegschaft „wider-spenstig“ gezeigt hätten und die Betriebsleitung nicht mehr „respektierten“, wollte er unbedingt durch ein Urteil feststellen wissen, daß die Betriebsleitung nicht „voelfrei“ sei und daß wieder „Ordnung“ in den Betrieb reinkommen habe. Das Urteil sei sogar „für die ganze Industrie von prinzipieller Bedeutung“, meinte er.

Schließlich konnte das Arbeitsgericht auch diesen Fall mit einem Vergleich beendigen. Für die Belegschaft der Firma jedoch dürfte es wichtig sein, die richtigen Lehren aus diesen Prozessen zu ziehen. Die Firma Cron ist in der Öffentlichkeit dadurch bekannt geworden, daß sie tarifliche Verhandlungen nicht einhalten wollte. Im Februar dieses Jahres mußte sich die Belegschaft unter Streikandrohungen die Einhaltung der tariflichen Vereinbarungen erzwingen. Wenn jetzt die Herren Schwab jede Gelegenheit benutzen, um Arbeiter fristlos zu entlassen, dann nur, weil sie, wie das in den Ausführungen des Herrn Schwab jr. deutlich zum Ausdruck kam, die Belegschaft einschüchtern und um Kampf für ihre berechtigten Interessen abhalten wollen. Und dieses Ziel dürfen die Herren Schwab, die sich sogar als Vorkämpfer für die ganze Industrie fühlen, nicht erreichen.

Um den Urlaub betrogen

Wie gesetzliche Urlaubsbestimmungen sogar von staatlichen Dienststellen sabotiert werden, zeigte eine Verhandlung vor dem Mannheimer Arbeitsgericht. Der seit zwei Jahren bei der Spruchkammer Mannheim tätige öffentliche Ankläger M. hatte keinen Urlaub erhalten und deshalb das Befreiungsministerium verklagt. Bei der Verhandlung ergab sich folgender Sachverhalt: Das Befreiungsministerium hat dem Kläger im vergangenen Jahr seinen Urlaub angewiesen. Das gleiche Befreiungsministerium beauftragte jedoch dann den Kläger, bis zu einem bestimmten Termin die Geschäfte der Spruchkammer Mannheim abzuwickeln. Weil er mit der Abwicklung dieser Geschäfte betraut war, konnte er nicht in Urlaub gehen. Das ist eine klare Sache. Aber das Befreiungsministerium verweigert jetzt die Auszahlung der Urlaubsvergütung, denn er hätte ja in Urlaub gehen können. Zur größten Verblüffung aller Zuhörer der Verhandlung gibt das Arbeitsgericht dem Befreiungsministerium recht und weist die Klage ab. So geht dem Kläger das Urlaubsgeld verloren und außerdem muß er noch die Gerichtskosten bezahlen.

„Wenn ich in der Partei gewesen wäre“

23 Jahre war die Angestellte F. bei der Stadt Mannheim beschäftigt. Jetzt fiel sie dem Personalabau zum Opfer. Sie ist alleinstehend, muß einen arbeitsunfähigen Verwandten miternähren und wird in ihrem Alter mit 50 Jahren schwerlich noch Arbeit finden. Da der Betriebsrat ihr nicht helfen konnte oder wollte, suchte sie ihr Recht beim Arbeitsgericht. Aber ihr Einspruch gegen die Entlassung kam zu spät, vertrauenslos hatte sie auf Verhandlungen, daß die Kündigung wieder zurückgenommen wird, gebaut, und dadurch die Frist von drei Wochen, innerhalb der der Einspruch erfolgen muß, veräußert. Sie mußte deshalb froh sein, daß sich der Vertreter der Stadtverwaltung zu einem Vergleich bewegen ließ, wonach sie noch ein Vierteljahr mit verkürztem Gehalt weiterarbeiten darf. „Ja, wenn ich damals in die Nazi-Partei eingetreten wäre, dann wäre ich Beamtin geworden und könnte heute nicht entlassen werden“, meinte die Klägerin und dürfte nicht ganz Unrecht gehabt haben.

Noch einmal: Was geht im BW-Rangierbahnhof vor?

Zu dem von uns in der letzten Ausgabe veröffentlichten Brief eines Eisenbahners (in der Einleitung fehlte eine Zeile aus technischem Versehen) erfahren wir von der Gewerkschaft der Eisenbahner, daß für die dort erörterten Maßnahmen nicht die Verwaltung Rangierbahnhof, sondern die Hauptverwaltung in Frankfurt verantwortlich ist. Die Bahnbetriebswerkstätte Mannheim dürfe nur kleinere Reparaturen ausführen. Bei großen Ueberholungen der Maschinen gehen die Lokomotiven nach Bayern, in geringem Umfang auch nach Heidelberg.

Das Bemühen der Verwaltung des Rangierbahnhofs, des Betriebsrats und der Eisenbahnergewerkschaft, Reparaturen dem BW-Mannheim zu erhalten, seien vergeblich gewesen. Dem Betriebsrat könne man für die

Vorgänge keine Verantwortung auferlegen. Daß die BW-Mannheim nicht mehr für größere Reparaturen verwendet wird, hat Vernetzungen aus der Werkstatt in den Fahrdienst zur Folge. Zwei Wochen wird für sie noch der alte Lohn bezahlt, dann wird ein neuer Arbeitsvertrag bei Einstufung in eine niedrigere Lohngruppe abgeschlossen. Die Arbeiter stehen vor der Wahl, zu kündigen oder sich mit der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zufriedenzugeben.

Eigenartiges Sparen in Hockenheim

Hockenheim muß sparen, deshalb wurden zwei Angestellte des Wirtschaftsamtes entlassen. Der Betriebsrat gab seine Zustimmung, weil auch er der Ansicht war, daß die Gemeinde sparen muß. Als aber die Gemeindeverwaltung sieben Neueinstellungen vornahm, meistens Leute, die 1945 im Zuge der Entnazifizierung entlassen worden waren, da zog der Betriebsrat seine Zustimmung zurück. Vor dem Arbeitsgericht machte die Stadtverwaltung nun u. a. geltend, daß es sich bei den Entlassenen um Frauen handle, die auf den Arbeitsverdienst bei der Gemeinde nicht unbedingt angewiesen wären. Eine Entscheidung in dieser Frage wurde dem Arbeitsgericht erspart, weil eine vergleichsweise Einigung zustande kam. Die beiden weiblichen Angestellten werden noch einige Wochen beschäftigt und scheiden dann im gegenseitigen Einvernehmen aus.

Hunde sind keine Kannibalen

In Joshofen im Mittelschwäbischen war es einer Frau gelungen, als Sonntagsbraten ein Stück vom Hund zu erwischen. Da sie ihren Hund an diesem Braten teilnehmen lassen wollte, warf sie ihm ein Stückchen des Kaninchens vor. Aber der sonst so fleischgebeirte Hund biß wider Erwarten nicht an, sondern schnupperte nur den seltsamen Braten. Eine Nachprüfung ergab, daß es sich nicht um Kaninchens-, sondern um Hundefleisch handelte. (Schw. D.-Z.)

WALTHER POLLATSCHEN



apparat vom Ausland her angreift. (Sehr richtig!) Dort ist die Grenze gegeben, und das hat der Herr getan, der auf den Namen Paul Hahn hört und der sich öffentlichkeit in seinem eigenen Büchlein „Der rote Hahn, eine Revolutionärsrechnung“ folgendermaßen vorstellt: „Sehr gegen meinen Willen, nur meinem Pflichtgefühl folgend, begab ich mich in eine Situation, von deren Entwicklung ich nur Unangenehmes zu erwarten hatte. Ich war überzeugt, daß ich eines Tages das Mißtrauen nicht nur meiner Kameraden, sondern auch das der Mannschaften, ja das des ganzen gut gesinnten Teiles des Volkes, gegen mich hatte, da ich das Odium des revolutionären Offiziers auf mich nehmen mußte, wenn ich bewußt in die Revolution hineintrat, um zu retten, was zu retten war.“ Das ist der Herr, der auch in seinem Auslandskrieg in der Schweiz als Retter vor dem Sozialismus auftritt, wie er uns das in der Vergangenheit bewiesen hat. Dieser Herr Hahn wurde dann das Zentrum dieser Verschwörung, gegen den Herrn Dr. Kienle bzw. weil es eine politische Frage ist, meine Herren von den Regierungsparteien, gegen den Minister Ulrich.

Ein Skalp auf dem Opferaltar der CDU

Eingehend beleuchtete Nuding das Intrigenspiel, das in die Polizei von außen hineingetragen wurde, „um dort personell eine Aenderung herbeizuführen, die dem Herrn angenehm ist, die in Württemberg-Baden von einem sogenannten „kommunistischen Naturschutzpark“ sprechen.“

Zu dem Kompromißantrag der Regierungsparteien zum Untersuchungserlaß äußerte Nuding: die SPD und die CDU seien jede etwas zurückgewichen, aber die SPD werde zum Schluß gezwungen werden, den Skalp des Herrn Dr. Kienle auf dem Opferaltar der CDU niederzulegen. Die Regierungsparteien seien zu diesem Kompromiß gezwungen, weil sie die Weststaatspolitik gebunden sind. Die Kommunisten würden ihm nicht zustimmen.

Es muß mit der Geschliche Schluß gemacht werden

Ich mache darauf aufmerksam, daß seit August letzten Jahres die Polizei durch diese Geschnide dauernd außerordentlich beunruhigt worden ist. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Beamten in einer Zeit, wo außerordentlich schwer war, ihren Dienst getan haben und täglich tun. Ich habe in diesem Hause Bedenken geäußert, um Schieber und Schwarzhändler zu fassen, durch Beziehungen aber und Telefonanruf der Schwarzhändler frei ausgegangen ist und der Beamte als der beleckerte Bube dagestanden ist. Diese Polizei hat ihre Aufgabe erfüllt und jetzt wollen Sie durch einen solchen Kompromiß-Antrag a) die Untersuchung, die das Innenministerium geführt hat, b) die Untersuchung, die vom Justizministerium in einigen Fällen durchgeführt worden ist, c) die Untersuchung, die von der Staatsanwaltschaft geführt worden ist und die dann der Untersuchungsausschuß überprüft hat, diese Geschichte noch einmal auf die lange Bank schieben, also weiterhin im unklaren lassen. Ich glaube, der Ausschuß und die Tatsache der Suspendierung dieser Herren, die dabei in Frage kommen, haben den Staat schon genügend Geld gekostet und mit diesem Kompromißantrag zeigt man, daß die Dinge nicht gelöst werden können und deshalb ist meine Fraktion dafür, daß mit dieser Geschichte Schluß gemacht wird. Sie können es nicht lösen, weil Ihre politische Kraft in Ihrer Regierung es nicht erlaubt und wenn Sie es lösen wollten, dann würden Sie entsprechend der politischen Situation im südwestdeutschen Raum und im gesamten Westdeutschland es nicht machen dürfen, weil Ihre oberen Parteinstanzen es nicht zulassen. Sie müssen auf einen Kompromiß und wir möchten Schluß machen. Die Geschichte muß endlich abgeschlossen werden und deshalb stellt meine Fraktion folgenden Antrag: „Der Landtag wolle beschließen: Nach Kenntnisnahme des Berichts des Untersuchungsausschusses spricht der Landtag dem Herrn Innenminister zu seiner Haltung in Sachen Landespolizei das Vertrauen aus.“

Jugendweihe

Am Ostersonntag, 17. April 1949, vormittags 10.00 Uhr, im „Jugendheim“, Käferfurter Straße 168.

Schulentsessene Kinder, die keiner Konfession angehören und ihre Eltern sind dazu eingeladen.

Freie deutsche Jugend

Militärregierung stellt richtig

Wir veröffentlichten in der letzten Ausgabe des „Volksecho“ eine „Südena“-Melodie über eine Meinungsbefragung der Botschafter zum Atlantikpakt. Darnach lehnte der Querschnitt der befragten Arbeiter übereinstimmend den Pakt ab. Nach einer Mitteilung der Militärregierung enthält diese Nachricht beinahe jeder Grundlage. Die Militärregierung schreibt: „In Wirklichkeit sind fünfzehn Arbeiter der Botschafter von der Abteilung zur Erfassung der öffentlichen Meinung der Militärregierung Württemberg-Baden befragt worden, deren Meinungen in keiner Weise den von „Südena“ verbreiteten ähneln. Selbst wenn dies so wäre, könnten daraus keinerlei Schlüsse gezogen werden, da die Anzahl der Befragten zu klein ist, um als zuverlässiger Querschnitt durch die Botschafterbelegschaft gelten zu können. Die bei Botsch Befragten sind nur ein kleiner Teil der insgesamt durch diese Rundfrage erfaßten Personen, und ihre Antworten können nur im Zusammenhang mit denen der übrigen Befragten verwertet werden.“

Ein Buch für unsere Kinder

Der Verlag „Das neue Wort“, Stuttgart, bereitet ein Kinderbuch „Die Aufbau-Bande“ von Walter Pollatschen vor, das noch zum Osterfest erscheinen und eines der schönsten und gehaltvollsten Geschenke für unsere Kinder sein wird. In einer Vorbesprechung heißt es: „Was wir uns lange gewünscht haben, hat uns Walter Pollatschen mit seinem Roman für Kinder gegeben. In einer Sprache, die sowohl Kindern als auch Erwachsenen Freude macht, schildert der Autor vier Jungen, ein großes und ein kleines Mädchen. Diese Kinder aus der Nassauer Allee ihrer durch den Krieg zerstörten Stadt leben und spielen zwischen Trümmern. Eines Tages entdecken sie einen verschütteten Keller, der ihre heimliche Höhle wird. Walter Pollatschen hat es meisterhaft verstanden in den Gesprächen die kindlichen Charaktere zu zeigen und dadurch die häuslichen Verhältnisse transparent zu machen. Und warum macht es viel Freude? Es ist ein Buch aus unserer Zeit, aus unseren zerstörten Städten, es handelt von unseren Kindern, unseren gesundgeliebten, spielfreudigen Kindern. Und der es uns schrieb, hat kein Wort falsch angewendet. Er gab uns ein Bild unserer Zeit, fein psychologisch ausgeweitet. Er vergaß keines der wichtigsten Attribute, die gerade zum Kinderroman gehören sollten: Humor und ein fröhliches Gelächter. Die Großen müssen mithalten, wenn sie es auch nur zum Schmunzeln bringen.“

Theater und Filme

Nationaltheater Mannheim

Am Samstag, dem 9. April, gastieren die Geschwister Hedl und Margot Höpfer im Nationaltheater. Ihre Tanzkunst, die reine Freude, beschwingte Leistung und starke Lebenskraft vermitteln, wie die Presse schreibt, hat überall das Publikum begeistert. Die „Schwäbische Landeszeitung“ schreibt u. a.: „Sie sind in ihrer Art von unvergleichlicher Harmonie und Grazie, ein ästhetisches Erlebnis, wie es nur selten geboten wird.“

Kleines Theater Mannheim

Das neugegründete „Kleine Theater Mannheim“ bringt als Eröffnungsvorstellung am 10. April 1949, 14.00 Uhr, im Nationaltheater als Gastspiel die Uraufführung der Komödie „Wenn die Sterne funkeln“ des Dramatikers Wilhelm Hildebrand Schäfer.

Filme der Woche (ab Freitag, 8. April)

Palast-Lichtspiele, Breite Straße, 11.8: „Hallo - Sie haben Ihre Frau vergessen“. Eine reizende Gardinenpredigt gegen die Gedankenlosigkeit und Bequemlichkeit vieler Ehemänner. Eine leichtgeschürzte Ehekomödie, lebenswürdig und voll schwingender Laune mit Leni Marenbach, Heil Finkenzerler, Jessi Vinrog, Willi Fritsch und Rolf Weib. Dazu noch zwei interessante Varietennummern. „La Perle“, Europas größte und schönste Lichtschau und „Baccisino“, der humorvolle Magier.

Alster-Lichtspiele, An den Planken, 0 3, 6-8: Die Arthur-Rank-Film zeigt „Drei Ehen“. Die drei Schwestern Lucy (Phyllis Calvert), Charlotte (Dulcie Gray) und Vera (Anne Crawford) führen ein fröhlich bewegtes Leben, in dem Tanzen, Geselligkeit und junge Männer den Hauptteil ihrer Zeit einnehmen. Geoffrey (James Mason) wirbt um Charlotte und heiratet sie. Auch Lucy und Vera landen im Hafen der Ehe. Glück und Unglück in der Liebe und in der Ehe erzählt dieser Film. Menschenschicksale, wie sie das Leben täglich schreibt.

Capitol-Theater, Am Meßplatz: „Die Zeit mit Dir“. Ein Camera-Film mit Eva Ingeborg Scholz und Heinz Klingenberg. „Die Zeit mit Dir, wie ist sie so schön“ singen die Mädchen in der Wä-

Anekdoten um Bert Brecht

Von Otto Müllerreisert

Triumph der Logik

Der erste öffentliche Fähigkeitsnachweis, eine hoffnungslose Lage durch logische Schlüsse zu meistern, gelang Brecht als unerschütterbarem Tertianer. Bertolts schwacher Punkt war das Französisch. Sein Freund Max schwitzte im Latain. Für beide war die letzte Klassenarbeit ausschlaggebend, beim einen die „Comédies de Molière“, beim anderen Cäsars „Bellum Gallicum“. Als Max seine Latainarbeit mit einer „3-4“ zurück erhielt und sein Geschick besiegt sah, griff er zum Messer und entschabte einen der Fehler, erhob sich alsdann protestierend und forderte Gerechtigkeit. Der Professor hielt das Blatt mit der Linken gegen das Fenster, sah die schwache Stelle und ließ die Rechte auf Maxens Backe niedersausen. „So geht's nicht“, erkannte Brecht. „Viel leicht aber umgekehrt!“ Jedenfalls traf er seine Vorbereitungen. Sein Molière-Produkt

erzielte acht Tage später auch nur ein knappes „Mangelhaft“. Brecht aber zückte das Messer nicht. Er tauchte die Feder in rote Tinte und malte zwei dicke Querbalken in seine Arbeit. Dann erhob er sich und bat um Aufklärung. „Was hier falsch sei?“ Der Studienrat strich prüfend seinen Bart. „Ein Versehen, mein Sohn. Das ist kein Fehler!“ — „Dann darf ich aber wohl um eine Verbesserung meiner Note bitten, da Sie mich irrtümlich benachteiligt haben.“ Der ahnungslose Studienrat konnte sich dieser Logik nicht verschließen und änderte das Prädikat in „Genügend“.

Horaz „entlarvt“

Schon in der Schule waren Brechts Leistungen von der Sexta bis zur obersten Klasse lebhaft umstritten. In einigen Fächern glänzte er unter den Besten, in anderen schaffte er zum Jahreszeugnis gerade noch eine schwache „3“ und rutschte damit bei den gefürchteten Versetzungskonferenzen schlecht und recht durch. Weit über dem Herkömmlichen standen seine Aufsätze — auch die, denen der Lehrer manchmal ein grelles „Ungenügend“ wegen herausfordernder Bearbeitung“ als Prädikat erteilte. Brecht war schon in der ersten „Sie“-Klasse eigenwillig genug, die gestellten Themen nach eigener Überzeugung abzuhandeln und geriet dadurch mit den geheiligten Ueberlieferungen des Schulaufsatzes und ihren berufenen Hütern in Zen-

surkonflikte. Das Standardthema jeder Sekunda „Dulce et decorum est pro patria mori“ fand in seiner Klassenarbeit etwa folgenden Niederschlag: „Der Ausspruch, daß es süß und ehrenvoll sei, für das Vaterland zu sterben, kann nur als Zweckpropaganda gewertet werden. Der Abschied vom Leben fällt immer schwer, im Bett wie auf dem Schlachtfeld, am meisten gewiß jungen Menschen in der Blüte ihrer Jahre. Nur Hohlköpfe können die Eitelkeit so weit treiben, von einem leichten Sprung durch das dunkle Tor zu reden, und auch dies nur, solange sie sich weitab von der letzten Stunde glauben. Tritt der Knochenmann aber an sie selbst heran, dann nehmen sie den Schild auf den Rücken und entsetzen, wie des Imperators feister Hofnar bei Philipp, der diesen Spruch ersann“.

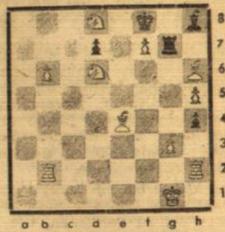
Im Eifer des Gefechts

Während einer Debatte im Parlamentarischen Rat über die Rechtsstellung des unehelichen Kindes sagte die Zentrumsabgeordnete Wessels im Eifer des Gefechts: „Meine Herren, ich stehe schon seit mehr als zehn Jahren in der praktischen Arbeit am unehelichen Kind!“ Darauf Zuruf aus den Reihen der Opposition: „Wann kommt es denn endlich?“ (Heilbr. St.)

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S 3, 10. Tel. 422 69. — Vertrieb- und Anzeigenabteilung: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. — Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. — Auflage: 28 700.

Schach

Problem Nr. 10



W. Eiche, Stuttgart

Schach-Weit 3/49

Matt in 3 Zügen

Kontrollstellung:

Weiß: Kg1, Tg2, h2, Le4, Sd6, d8, Lh6, Bb6, f7, g3, h5 (11).

Schwarz: Kf8, Tg7, Lh8, Bd7, h4 (5).

Die heutige Aufgabe stellt ein Glanzstück moderner Problemerkunst dar, und dürfte den Lösern großes Kopfzerbrechen bereiten.

Lösung zur Aufgabe Nr. 9 1. Dc4! In der Aufgabe treten sechs verschiedene Grimshawstellungen schwarzer Steine durch drei schwarze Bauern auf.

Nach dem Schlüssel 1. Dc4 besteht Zugzwang. Die einzelnen Verstellungen sind b6 2, Sd6, b5 2, Df1, d6 2, De6, d5, Te5, g6, Sh6 und g5, Se7 matt.

WEINHEIM

Radio-Schäfer

WEINHEIM · HAUPTSTRASSE 108
FERNSPRECHER 2678

Radio-Geräte jetzt in 6 Monatsraten.
ALLES FÜR DEN BASTLER



DAS SPEZIALHAUS FÜR STOFFE UND AUSSTATTUNGEN

KAUFHAUS BRÄUNCHE

Weinheim - Hauptstraße

Das Fachgeschäft für Wollwaren - Wäsche und Strümpfe - Baby-Ausstattung

Seit Jahrzehnten

Jhre vorteilhafte Einkaufsstätte

Kaufhaus



Weinheim, am Marktplatz

SCHUHE

jetzt wieder billig in Qualität und großer Auswahl im

SCHUHHAUS SPRING
WEINHEIM

HCH. KUHN INH. E. A. WÜRZBURGER

Elektro - Installation, WEINHEIM a. d. B.

Qualität

und G. Hessinger

seit 57 Jahren

ein Begriff

Eine Dame

die Wert auf gute Erscheinung legt, weiß, daß es die feinen, eleganten Lederwaren sind, die der Kleidung den letzten Schliff und die persönliche Note geben.

Besuchen Sie uns!

Sie finden immer etwas Neues, das gerade für Ihre Frühjahrs Garderobe paßt.



Bahnhofstraße 1 / Weinheim / Telefon 2803



Ihr Schuhhaus

Schuh-Schutz

Weinheim

Südd. Klassenlotterie

Nächste Woche Ziehung!

BÖHM
Stoff-Lotterie-Banque
Weinheim-Burg.

Leser kauft nur bei unseren Inserenten!



Für Feld und Garten



Kinderwagen-Reichardt

Mannheim F 2, 2
gegr. 1878 Telefon 417 45

Leiterwagen von DM 47,- an sehr stabil

Liegestühle mit Stoffbespannung

Waschkörbe aus Vollweiden

Henkkörbe in allen Größen

Bast-Einkaufstaschen

Möbel- und Kleiderklopper aus echtem Rohr

Fachmännische Ausführung sämtlicher Kinderwagen- und Korbwaren-Reparaturen.



Der Samenverkauf hat begonnen!

Gemüse- und Blumen-Samen

1a Steckzwiebeln

Dahlknollen — Gladiolen — Zwiebeln

Bestell-Liste kostenlos — Versand nach überall

Constantin & Löffler G.m.b.H., Samengroßhandlung

Mannheim, F 1, 3, Breite Straße — Telefon 526 06

Gartenbesitzer Kleingärtner u. Klein-Siedler!

Große Auswahl in erstklassigen

viele Portionen . 10 Dpf.

1a Steckzwiebeln

Dahlknollen — Gladiolen — Zwiebeln

Bestell-Liste kostenlos — Versand nach überall

Constantin & Löffler G.m.b.H., Samengroßhandlung

Mannheim, F 1, 3, Breite Straße — Telefon 526 06

Gummi Kapf GA.9

Wasserschlauch

1/2" 165 p. m

Siedler und Kleingärtner! Kauft nur bei unseren Inserenten!



Das große Fachgeschäft

Engelen & Weigel

Mannheim, F 2, 14-15

hat alles für

Garten und Feld

ETU

Kinderwagen

Korbwagen

Sportwagen

Truhen

Sessel

Leiterwagen

0 7, 28 Stange

Praxis und Theorie im Kleingarten

Nun ist es soweit! Nachdem nun auch der erste Frühlingsregen wunschgemäß eingetroffen ist, geht die Frühjahrsbestellung der Kleingärten mit Hochdruck los. Die langen Wintermonate sind vorbei und überall regen sich fleißige Hände, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit baldmöglichst der karge Speisezettel der Arbeiterfamilie etwas bereichert wird durch Frühgemüse und Salat aus eigenem Anbau. Jeder nur mögliche Flecken Erde wurde für neue Gärten hergerichtet. Aber gerade diese Anfänger tun gut daran, sich einmal — soweit es der Geldbeutel erlaubt — mit zweckentsprechenden Geräten zu versehen und zum ändern sich durch einschlägige Literatur die nötige Theorie anzueignen.

Sobald die Witterung es zuläßt, muß die Arbeit im Kleingarten einsetzen. Beete sind herzurichten, die ersten Aussaaten müssen alsbald erfolgen, ein Plan für die Gartenarbeiten muß überlegt werden usw. Auch hier gilt „Ohne Theorie keine Praxis“. Noch hat der Kleingärtner Zeit, sich theoretisches Wissen anzueignen, bevor ihn die Arbeit in seinem Kleingarten in stärkerem Maße in Anspruch nimmt. Ein gutes Buch hilft ihm, die Gartenarbeit erfolgreicher zu gestalten. Von Margot Schubert ist „Mein eigener Garten“ wieder erschienen. Das mehr als 600 Seiten starke, sehr empfehlenswerte Buch gibt jedem Kleingärtner viel Wissenswertes. Weiter können wir empfehlen: „Gartenbau für Anfänger“, „Lebensspender Garten“, „Selbstversorger Gartenbau“, „Ernährung der Pflanze“, „Grundlagen der Bodenfruchtbarkeit“ u. a. m. Volksbuchhandlung Mannheim, S 3, 10.

Drahtgeflechte

Stacheldrähte

Spanndrähte

HCH. HEITMANN

Waldhofstr.18, Telefon 52265

Rudolf Hauer

Samenfachgeschäft

MANNHEIM - WALDHOF

Speckweg 6

(am Bahnübergang)

Sämereien · Düngemittel

Gartenbedarf

Beste Bezugsquelle für Kleingärtner und Siedler.

Hermann Jilg

Die Gartenarbeit bringt Verdruß, weil man sich mühen und plagen muß. Dagegen mit dem Wolfsgemüse macht's Freude, weil es leichter geht

Wolf-Geräte

Spaten

Hacken

Rechen

Eisenwaren - Haushaltartikel



Adolf Pfeiffer GmbH.

K 1, 4.

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 19. April bis 19. April 1949
Sonntag, 18. April, nachm., Gastspiel des Kleinen Theaters, freier Verkauf, Eintrittspreise 0,50 bis 3,- DM, Uraufführung: „Wenn die Sterne funkeln“...

CAPITOL AB FREITAG
Eva Jageborg Scholz, Günther Läder, Heinz Klingenberg, Fita Benkhoff in
Die Zeit mit Dir
ein Camera-Film
Die von Herzen kommende u. zu Herzen gehende Liebesgeschichte eines jung. Mädchens
14.00 16.30
19.00 21.00
UHR
Waldhofstr. 2 - Tel. 51186

LICHTSPIELHAUS MÜLLER
Ab Freitag
Ein Film um
Wolfgang Amadeus Mozart
Wen die Götter lieben
mit Hans Holt, Winnie Markus, Irene v. Meyendorff, Rene Deligen, Paul Hörbiger
Anfangszeit:
16.00 18.15 20.30
Sonntag:
ab 14.00 Uhr
Hellestr. 41 - Tel. 51186

Olymp-Lichtspiele Käferthal
Freitag bis einschl. Dienstag!
Nur 5 Tage!
Ein Meisterwerk amerikani-scher Filmkunst:
Das Lied der Bernadette
Ein 20th Century-Fox-Film in deutscher Sprache mit JENNIFER JONES.
Beginn: Wochentags nur 20.00
Sonntags: 14.00, 17.00, 20.00 Uhr.

Vorteil haften Einkauf
in Preiswürdigkeit und Qualität bietet Ihnen
Textilhaus Dünkel, Schwetzingen
in unserem neuen großen Verkaufsraum
Heckerstraße 18
Ecke Friedrich-Ebert-Straße

Im Rosengarten:
Oster-Sonntag, 17. April, freier Verkauf: „Der Mustergatte“, Schwank von Avery Hopwood, Anfang 20.00 Uhr, Ende etwa 22.15 Uhr.

PALAST THEATER
Mannheim
Ab Freitag
bringen wir zu un-serem Filmprogramm noch
erstklassiges Variété
auf der Bühne um 17.45 und 20.10 Uhr
„La Perle“
Visionen! in der Silbergrotte Europas schönste und größte Lichtschau, sowie
„Baccino“
der humorvolle Magier im Filmtell
in Erstaufführung, die heitere Filmkomödie
„Hallo, Sie haben Ihre Frau vergessen“
mit Willi Fritsch, Hannelore Schroth, Leny Marenbach, Rolf Weh, Hell Finkenzeller.
Beginn: 10.15, 11.45, 13.45, 15.45, 17.45, 20.10 Uhr. So. Beg. 13.30.
Vorverkauf ab 10.30 Uhr.

ALSTER-LICHTSPIELE
Das Theater an den Planken!
Ab Freitag, 8. April:
James Mason
Phyllis Calvert, Anne Crawford, Dulcie Gray in
Drei Ehen
Ein dramatischer Film um brennende Probleme moderner Ehen.
Ein Gainsborough-Film der Eagle-Lion in deutsch. Sprache
Täglich: 13.30, 15.45, 18.00, 20.15
Kasseneröffnung: 12 Uhr
Telefon 446 47

Kleiderschränke
3-tür. echt Eiche
Schreibtisch Eiche m.Nußb.
Wohnzimmerschrank Eiche mit Kleiderabteil
Möbel-Meisel, E3,9
Teilzahlung gestattet!

Nebenverdienst für Jedermann!
Anregung und Anleitung zur praktischen Verwertung Ihrer Fertigkeiten und Anlagen.
Diese vielgefragte Broschüre weist Ihnen zahlreiche Möglichkeiten zum lohnenden Nebenverdienst. - Bei Voreinsendung DM 1,-, Nachnahme DM 1.30
Büro f. Wirtschaftspr. u. Marktforsch. Ichenhausen-Schw.

Statt Karten!
Allen denen, die uns bei der Bestattung unserer lieben Entschlafenen
Barbara Gieser
geb. Meyer
so herzliche Teilnahme entgegengebracht haben, sagen in-igsten Dank
Fritz Gieser
Hugo Gieser u. Frau Erna, geb. Rensch
Elisabeth Meyer, geb. Kühnl
Erna Steinmann, geb. Meyer
H.-Kirchheim im April 1949.

Elektro-Lösch
Mannheim, D 4, 17. Tel. 51747
Licht Kraft Radio
Neuinstallation elektr. Licht-, Kraft- und Radioanlagen, Reparaturen, Verkauf von Beleuchtungskörpern und elektr. Haushaltsartikel

Möbel Volk
Schlafzimmer - Küchen sowie Möbel aller Art formschön, preiswert in bekannter Qualität
Qu 5, 17

Radio-Dahms K 1,1
Bedeutende Preisermäßigungen
Ein Besuch lohnt sich.

Radiobastler!
Bedeutende Preisermäßigungen
Ein Besuch lohnt sich.
Radio-Dahms K 1,1

Ihre Frühjahrsgarderobe reinigt und färbt
Färberei Bischoff & Co.
CHEM. REINIGUNG - PLISSEBRENNEREI
Telefon-Nummer 419 78
Mannheim: Qu 4, 19 - Mannheim: Rheinau: Pfingstbergstr. 28; Berlinhof, Karlsruhe Straße 5 - Waldhof: Alte Frankfurter Straße 18 - Mhm.-Friedrichsfeld: Wallonenstraße 20 - Lingenhof: Meerfeldstraße 59

Farben
verschönern Ihr Heim
Farben und Lackfarben
in allen Tönen für Industrie, Gewerbe und Haushalt liefert
Adolf Michels
GmbH.
Michaelis-Drogerie
Mannheim, G 2 und Zellerstr. 4
Telefon 445 97

Eheleute
Keine Frauensorgen mehr, denn unser Weltpeppar: Absolut zuverlässig, verblüffend, unverwundlich.
Einmal, Aug. 22,- DM, Elbeck
Vertr. Hamburg-Gr. Flottb., 1/k.

HEIDELBERG
Ihr Kleiderberater
Georg Meiners
HEIDELBERG, HAUPTSTR. 84
GEGENÜBER DEM PERKEO

Peter Rosenzweig
Kobellstraße 13 Tel. 508 40
Neuanfertigung v. Drahtmatten in allen Größen und Reparaturen

Anton Hauser
Kohlenhandlung
Mannheim Gärtnerstraße 16 - Telefon 534 85

Mannheims Bürsten-
Spzialgeschäft
bietet an:
für den
Osterputz
alle Arten
Bürsten und Zimmerbesen
in bester Friedensqualität
Putztücher
Blöcker
in verschiedenen Ausführungen
Wolbesen u. Mop
in bester Qualität
Bohnerwachs
Praktische
Ostergeschenke
in großer Auswahl
Für jeden Geldbeutel
Spielwaren
für unsere Kleinen
Martin Bonifer
Inh. E. Brand
Mannheim, P 3, 4-5 Tel. 432 68
Gegründet 1880

Otto Schmetzer
F 4,1 (Nähe Paradeplatz)
Damenstrümpfe 5.90
Garnituren Hemd u. Schlüpfer 6.90
Unterkleider 9.75
Damenblusen weiß mit Tupfen 11.50
Damenlederhandschuhe Schals

Radio-Lambert
Plöck 67 Heidelberg Tel. 2961
Radio-Geräte
bis 15% billiger bei Rückgabe eines alten Gerätes.
Sämtliche Fabrikate auf Teilzahlung.
Röhren, Ersatzteile.
Rundfunkreparaturen sauber und schnellstens

NEUHEIT!
Versand direkt an Privat!
3 Gläsertücher Gr. 30/40 zusammen nur 6,75 DM
Versand gegen Nachnahme zuzüglich 1,- DM für Porto und Verpackung, bei Vorkasse porto- und verpackungsfrei. (4751/53)
ILSE KRUSE, Textilverband Hamburg 11/214

leicht gemacht!
Preise auf das äußerste gesenkt
20% Anzahlung, Rest in Raten
Einkreiser: Nora 109,-, Ragna 125,-, Lumophon 125,-, Atom 140,-, Lorenz 165,-, Heinkelmann 169,-, Schaub 185,-, Zaubertüte 210,-, Zwergsuper: Philips 335,-, Schaub 350,-, Wega 365,-, Standard und Mittelsuper: Ragna 215,-, Grundig 269,-, Fidelity 295,-, Lorenz 320,-, Padora 360,-, Opta 375,-, Lumophon 390,-, Weitklang 403,-, Siemens 403,-, Telefunken 415,-, Saba 460,-, Hochleistungsuper: Mende 465,-, Geta 475,-, Blaupunkt 485,-, Konoma 495,-, Saba 490,-, Löwe 520,-, Philips 549,-, Saba 575,-
RADIO ingenieur GEIGER
Mannheims ältestes Spezialgeschäft
bis zur Eröffnung meiner neuen Geschäftsräume Mainstraße 49
Unverbindliche Vortführung täglich von 9.00-18.00 Uhr

Martin Bonifer
Inh. E. Brand
Mannheim, P 3, 4-5 Tel. 432 68
Gegründet 1880
Gute Verdienstmöglichkeit durch schriftl. Werbetätigkeit sofort allerorts geboten. Angebote unt. WZ 412 Bavaria, München 2, Postfach 90.

STUCKLY
Reparatur
von Nähmaschinen jeden Fabrikats auch Industrie- u. Spezialmaschinen
Nebenverdienst für jedermann, Angebote unter Nr. 2099 a. d. Verlag.
Tägl. DM 10,- bis 20,- Barverdienst!
Keine Versicherung, kein Verkaufstalent erforderlich. Antr. unt. T 12 an Rudolf Grote - Beverberg, (21b) Hemschar, Post Raumland/Bhf.
Erfolgr. Verk.-Org. bietet guten So. fortverdienst, Ang. u. 2070 a. d. V.
Eintagskücken DM 1,35, weiß, Legh., rebhf. Ital., Gänsekücken DM 6,- bis 8,-, Jg. Haus- u. Feldtauben DM 4,-, per Nachn. Brüterei Alb Neurers, Düsseldorf-Gressenheim Rathelbeckstraße 368.
Bett-Couch, aufklappbar, 90/190, erstklassiger Stoff, Ausnahmepreis DM 180,-, Nur solange Vorrat. Seeburger, S 4, 16.

Gebr. Wissler
HEIDELBERG
Hauptstraße 68
Küchen-Einrichtungen
Glas, Porzellan, Steingut, Bürstenwaren
Gut und preiswert wie immer kaufen Sie
Schuhwaren
bei K. Winter
Heidelberg - Fahrtgasse 16
Lederhosen
Trachtenjanker
Gummimäntel
kaufen Sie vorteilhaft bei Zednik, Heidelberg, Neugasse 17
Insrieren im
„Badischen Volksecho“
bringt Gewinn!

Freude
soll Ihnen der neue Wagen machen
unter vielen Modellen
finden Sie den Kinder- oder Sportwagen der Ihnen gefällt bei
Walter Meißner
Das große Spezialgeschäft
MANNHEIM
Holzstr. 5 Nähe Rathaus K 7
4 Minuten von der Friedrichs-Brücke
Meine Wagen sind auch bei Fa. Becker G 1, 1 erhältlich

Weinhandlung Julius Fuchs
MANNHEIM, Lameystraße 25 a
bietet an:
WEISSWEINE:
1948er Klingensmünster 1/2 Flasche 2,30
1948er Edenkobener „ „ 2,60
1948er Maikammerer „ „ 2,70
1947er Bechthelmer (Hessen) „ „ 3,00
1947er Alshemer (Hessen) „ „ 3,10
1947er Oppenheimer (Hessen) „ „ 3,40
1947er Niersteiner (Hessen) „ „ 3,80
ROTWEINE:
1947er Bockenheimer „ „ 2,90
1947er Ingelheimer, spätrot „ „ 3,20
1948er Dürkheimer „ „ 2,90
1948er Bockenheimer „ „ 2,70
Dessertwein „Cap Corse“ (verz. u. verst.) „ „ 9,00
Wermuth (ital. Kräuter) „ „ 5,20
Apfelsaft „ „ 1,00
FRUCHTSCHAUMWEINE:
Schwarzer „Hausmarke“ 1/2 Flasche 3,70 + 1,50 Steuer
Schwarzer „Trocken“ 1/2 Flasche 4,00 + 1,50 Steuer
Alle Sorten ohne Glas!
Bei Abnahme von mindestens 10 Flaschen billiger!

Spiel mit d. Südd.
Blassenlotterie
500.000
300.000
BESTELLSCHIN
Senden Sie mir zur neuen Lotterie
1/2 d. 3. 1/2 d. 6. 1/2 d. 12.
Name
Ort
Genoue Adresse
Stürmer
MANNHEIM
PLANKENHOF
Postsch. 214 Karlsruhe

Markenräder
billigst
Ersatzteile - Gummi u. Reparatur.
Fahrradhaus Lösch, H 4, 24

Das führende
Sporthaus am Platz
Sportartikel
aller Art.
Karl Himmelmann
Hauptstraße 88

Waldhof-Drogerie
Jean Schmidt KG.
Mhm.-Waldhof, Oppauer Str. 23
Tel. 594 36
Foto - Kino - Abteilung

Billiges
KÜCHENBÜFETT
da kleine Lackmängel
DM 230,-
Hch. Baumann & Co., Mannheim Q 5 4
Zu den soliden ENGELHORN Preisen:
Das Bekleidungshaus in Mannheim seit 1890

Schreiber
1850
Zum Osterputz
empfehle ich:
Kristallseife 500 gr DM -.09
Schmierseife 500 gr DM -.50
Bohnerwachs weiß, gelb, rot 500 gr Dose DM 2.25, 1.60
Außerdem vorrätig:
Waschbürsten, Schrubber, Besen, Schrubber- und Besenstiele, Wäsche-kammern, Scheuertücher, Wischose Schwämme, Vileda (Fensterleder) Schrankpapier, Terpentinöl u. d. gl.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Läden und Annahmestellen in
Heidelberg - Mannheim
und Umgebung
ernst-Sammel-Nr.:
Heidelberg 2720
Gegründet 1892

Berthold Rösch
Färberei und Chem. Reinigung
MANNHEIM - SECKENHEIM
Tel. 472 95

Werner's
moderne Kleiderpflege
chem. Reinigung
Mannheim, S 3, 13
Betrieb U 1, 6
Tel. 434 4
Einzel-Hosen
in schlicht grau
und braun aller
modernen Farb-
schattierungen.
Passend zu jedem
Rock. (Lebensfrage
für alte Sakkos.)
Engelhorn + Sturm

Lassen Sie zum Frühjahr Ihre
Damen- und Herrengarderobe
chemisch reinigen.
Trauersachen innerhalb 24 Std.
Färberei Hügelschäfer
Mannheim
Uhlstraße 6, Tel. 53618

Die billige Kleinanzeige!
Familienanzeigen - Gelegenheits-anzeigen - Stellenangebote und Stellengesuche Anzeigenpreis für eine 46 mm breite Millimeterzeile - 30

TRINKT
EICHBAUM
BIER